

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)**

143 (22.6.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-556450](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-556450)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Petersstraße 20/22. Fernsprecher-Ausschluß Nr. 58. Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Mienenstraße 21. Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einchl. Briefporto 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Welt bezogen vierteljährlich 2,25 RM., für zwei Monate 1,50 RM., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

Mit Sonntagsbeilage.

Interesse die fünfgepulvete Korpusgüte oder deren Raum für die Inserenten in Rüstingen-Wilhelmshaven u. Umgegend, sowie der Filialen 15 Pfg. für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Wollen Inserenten aus kleineren als der Grundgröße gesetzt werden, so werden sie auch nach letzterer berechnet. Postamtliche 50 Pfg.

25. Jahrgang.

Rüstingen, Donnerstag den 22. Juni 1911.

Nr. 145.

## Die Nationalliberalen und das preussische Wahlrecht.

Die nationalliberale Partei ist seit langer Zeit die personifizierte politische Charakterlosigkeit. Sie fällt rechts, sie fällt links, sie verlegt heute, was sie gestern auf den Schild gehoben, das alles war man an ihr gewöhnt. Auch daß sie zu rechnen versteht, und die liberale Gesinnung nicht selten hinter Geschäftsrücksichten zurückstellt, ist nichts neues. Und doch, man kann die Werthung der Nationalliberalen noch so tief herabschrauben, man wird doch mit jedem Tage aufs neue entdecken, daß man sie noch zu hoch bewertet hat. In der Nr. 308 der „Magdeburgerischen Zeitung“ vom 20. Juni beschäftigt sich ein Leitartikel mit dem Wahlrecht in Preußen. Die Frage der Wahlrechtsreform in Preußen erscheint diesem nationalliberalen Blatt als günstige Gelegenheit, sich den Konservationen und der preussischen Regierung wieder einmal unentbehrlich zu erweisen. Um den Preis der Gesinnungslumperei in dieser Frage ist vielleicht ein Teil des Einflusses zurückzubekommen, der beim Bruch des Blöck-Blockes verloren gegangen ist.

Das Blatt gibt zu, daß die Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Elsaß-Lothringen eine verhängnisvolle Agitation für das preussische Wahlrecht zur Folge haben muß. Der Sozialdemokratie nimmt es eine Agitation in diesem Sinne auch nicht weiter übel. Dagegen verurteilt das nationalliberale Organ, dem Fortschritt so viel geschäftliche Klugheit eingepaukt, um auf alle Prinzipien zu verzichten und mit den Nationalliberalen gegen die Sozialdemokratie Front zu machen. Hier ist diese für den Liberalismus der Nationalliberalen so charakteristische Stelle aus dem Artikel der „Magdeburgerischen Zeitung“:

„Für die Sozialdemokratie bedeutet zweifellos die Einführung des Reichstagswahlrechts für die Landtage die Eroberung zahlreicher Mandate auch in diesen Parlamenten. Weniger verhängnisvoll bleibt noch wie vor die freisinnige Begünstigung für die Einführung des Reichstagswahlrechts in die Landtage, weil für den Freisinn und seinen Wandelhaftigkeit in den Landtagen die Einführung des allgemeinen, geheimen, direkten und direkten Wahlrechts höchstwahrscheinlich nur die Abkündigung durch die Sozialdemokratie bedeuten wird. Es ist auch ganz zweifellos feststehende Tatsache, daß mindestens die Hälfte der freisinnigen Wähler gänzlich daran denkt, einer solchen Selbsternichtung der Partei zuzustimmen. Was die Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei bewegen mag, an der Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen festzuhalten, dürfte in der Konkurrenz mit der Demokratie, in dem alten Beharren auf doktrinarischen Ideen und schließlich in der Hoffnung, durch eine „populäre Forderung“ neue Anhänger zu gewinnen, zu suchen. Nach außen aber werden durch solches Verhalten die Grenzlinien zwischen Sozialdemokratie, Demokratie und entschiedenem Liberalismus mehr und mehr verwischt.“

Nach dieser Behauptung der Fortschrittler geht die „Magdeburgerische Zeitung“ an den Handaband. Der Kampf gegen den unerträglichen Druck der Agrarkonservationen sei nur zu leicht geeignet, auf die große Masse sinnewerrend zu wirken. Nicht anders könne man die Bekehrung des Führers des Handabandes auf der großen Berliner Tagung bemerkt werden:

„Die entschlossene Rücksichtslosigkeit, die hier gerechtfertigt wird, um den Kampf gegen rechts durchzuführen zu können, jede Hilfe von links bis zum extremsten Extrem anzunehmen, ist nur eine klangvollere Aufnahme des alten Wortes: Den Teufel mit Belzebub zu vertreiben. In einer solchen Kampfstellung ist freilich kein Platz für die nationalliberale Partei. Das muß mit aller Entschiedenheit und Klarheit ausgesprochen werden.“

Es ist sicher wahr, daß das egoistische Verhalten der Konservationen ihre Vereinigung mit dem Zentrum tiefste Bestimmung in die Reihen der Wähler getragen und manchen weiter nach links gedrängt hat, als er sonst stehen wollte. Es ist gar kein Zweifel darüber, daß die künftige Reichstagswahl zu scharfer Auseinandersetzung mit den Konservationen führen muß. Aber an der eigentlichen grundsätzlichen, tief innerlichsten Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie kann darum und darf nicht getätelt werden.“

Soweit die mehr theoretischen Betrachtungen des nationalliberalen Organs. Und nun kommt die Kubanwendung auf das preussische Wahlrecht. Nach der „Magdeburgerischen Zeitung“ muß die nationalliberale Partei in den Kampf ums preussische Wahlrecht bewilligen, daß sie unerträglich durch Forderungen und Drohungen auf ihrem Standpunkt verharren, daß sie die Mittelpartei ist ohne entschlossene Rücksichtslosigkeit, aber mit fester Beharrlichkeit.“ Bei

dieser Stellung werde die nationalliberale Partei weiter fordern, daß das alte preussische Landtagswahlrecht „mit seinen Ungerechtigkeiten und Härten“ schwinden müsse;

„Aber auch daran darf die Partei keinen Moment Zweifel aufkommen lassen, daß sie sich der Uebertragung des Reichstagswahlrechts, so unantastbar es ihr für das Reich ist, auf Preußen unbedingt widersetzen wird. Jetzt mehr wie je tut eine ungewöhnliche klipp und klare Stellungnahme zum Wahlrecht bitter not. Wer Land und Leute in Preußen kennt, der weiß, daß die weiten Schichten gerade des erwerbsfähigen Mittelstandes auf solche Stellungnahme warten. Kreise, die nicht mehr das alte Wahlrecht haben wollen, . . . die aber niemals für Uebertragung des Reichstagswahlrechts sind. . . Schon einmal nach der Reichsfinanzreform war die Situation so, daß weite Kreise von den Konservationen sich abgestoßen fühlten und den Mittelparteien zuzueilen; Kreise, die wieder ruhig wurden durch eine Haltung, die zu sehr nach links drängte. Verfügen wir die Gelegenheit nicht zum zweiten Mal.“

## Politische Rundschau.

Rüstingen, 21. Juni.

### Jahressteuern.

Jüngst brachte der „Berliner Volksanzeiger“ die Nachricht, daß dem nächsten Reichstag eine Vorlage zur Reform der Jahressteuern vorgelegt werden solle, die auch die vierte Wagenklasse der Besteuerung unterwerfen werde. Anfangs durfte man diese Meldung vielleicht immer noch für eines jener Verlegenheitsprodukte halten, mit denen die großen Berliner Nachrichtenblätter ihre Spalten in sommerlicher Zeit zu füllen pflegt. Jetzt aber ist die Mitteilung des „Volksanzeigers“ in der „Nordd. Allgem. Zeitung“ demontiert worden, und da wird man schon annehmen müssen, daß die Sache ihre Realität hat. Denn in Preußen-Deutschland gibt es keine Steuer, deren Einführung nicht, bevor sie erfolgt, demontiert worden ist. Selbst bei den Hottentottenwahlen, die das Beispiel zur schwarz-blauen Reichsfinanzreform bildeten, hatten die Offiziellen die Dreifachheit, zu versichern, daß die Nachricht von geplanten neuen Steuern eine „Erfindung“ sei. Wenn jetzt die „Nordd. Allgem. Zeitung“ die Meldung des „Volksanzeigers“ als „müßige Kombination“ bezeichnet, so kann der erfahrenere Leser nur verständnisvoll sagen: „Also doch!“ Die neue Jahressteuer wird schon demontiert, es kann nicht mehr lange dauern, bis sie da ist.

Der Regierung kann es freilich nicht angenehm sein, wenn ein noch nachrichten hungriges Blatt die Geheimnisse der Reichsfinanzsätze so auf offenem Markt auskramt. Nicht viel mehr als ein halbes Jahr trennt uns noch von den Wahlen. Die Antänkung neuer Steuern verstärkt die Mißstimmung, vermindert die Lustigkeit ihrer Durchbringung, veranlaßt die Bindung solcher Kandidaten gegen die neuen Steuerpläne. Unter solchen Umständen muß es schon als ein Akt ungewöhnlicher Ehrlichkeit betrachtet werden, wenn das Regierungsbüro seine Ablehnung so deklamatorisch formuliert, daß für die Zukunft alle Hinter- und Vorderfüßen angezogen offen bleiben.

Nach dem „Volksanzeiger“ soll die geplante Reform im Wesentlichen darin bestehen, daß man die Steuern für die Jahresarten erster Klasse wesentlich herabsetzt und den dadurch entstehenden Ausfall durch eine entsprechende Erhöhung der Steuern für die zweite und dritte Klasse, vielleicht auch durch die Einführung einer möglichen Steuer für die vierte Klasse auszugleichen versucht wird.

Was die „Nordd. Allgem. Zig.“ gegen diese Nachricht auszuführen hat, liegt, bei Nicht-Verstehen, einer Bekämpfung ähnlicher als einem Demont. Denn das ganzoffizielle Blatt weiß sich gegenüber dem halböffentlichen Scheit-Organ nur auf zwei Neben des Eisenbahnministers zu berufen, die zwar auf eine geplante Reform hinweisen, aber ihren Inhalt aber nichts Bestimmtes mitteilen. Dem wird hinzugefügt, daß sich selber an der Sachlage nichts geändert habe.

Was aber hat Herr v. Brettenbach in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärt? Die erste Klasse sei überaltert, infolgedessen habe eine Abwanderung in die unteren Wagenklassen stattgefunden, es sei daher nötig, einem Ausgleich unter den Steuerträgern die 3. Klasse zu machen (d. h. also, die 1. Klasse zu entlasten und den beiden folgenden Klassen mehr Steuern aufzubürden). Ueber die 4. Klasse sagte dann der Minister allerdings im Plenum, die Reformbestrebungen, die von Preußen ausgehen und von den übrigen deutschen Bahnverwaltungen geteilt würden, gingen dahin, die 4. Klasse unbetwert zu lassen.

Nach den Erklärungen, die man in den letzten Jahren gemacht hat, muß man in deutschen Landen den Nationen

mit der Katene suchen, der auf solche Regierungserklärungen etwas gibt. Gewiß, „die Befürchtungen gehen dahin“, die 4. Klasse nicht zu besteuern, aber solche gut gemeinte Bestrebungen können scheitern, man kann sich mit dem üblichen blutenden Herzen von ihrer Unmöglichkeit überzeugen lassen, und dann ergeht eben wieder einmal an die Verurteilten im Lande der Ruf, die Taschen aufzumachen und für das Heil des Vaterlandes zu bezahlen. So ist es ja bisher noch immer gewesen, und noch ist im Betrieb der deutschen Reichspolitik nicht die entscheidende Wendung eingetreten, die uns die Gewißheit gibt, daß es in Zukunft anders sein wird.

Diese Wendung erhoffen und erwarten wir von den Reichstagswahlen des kommenden Jahres, und gerade weil man sie auf der anderen Seite fürchtet, läßt man Hals über Kopf alles demontieren, was geeignet ist, den Wählern die Augen zu öffnen. Diese werden sich aber in ihrem Bestreben, neue indirekte Belastungen der breiten Massen abzuwehren, nicht auf die Glaubhaftigkeit offizieller Demonts verlassen, sondern einzig und allein auf die Stärke der sozialdemokratischen Fraktion.

### „Leichenbeseitigung“ in Preußen.

Mit 90 gegen 84 hat nun auch das preussische Haus der Herren und Erlauchten dem Geselzentwurf über die fakultative Leichenbeseitigung seine Zustimmung erteilt. Die äußerst ruhige, an unerschütterlichem Humor überreiche Debatte erbrachte den deutlichen Beweis, daß das Haus mit seinem Herzen gegen die Vorlage war. Trotzdem ist sie angenommen worden, wie auch früherzeit das Entengengesetz und manche andere Regierungsvorlage, die dem Herrenhaus gegen den Strich ging.

Im Abgeordnetenhause waren bekanntlich die Stimmen der Sozialdemokraten nötig, um der Regierungsvorlage zum Siege zu verhelfen, ohne Liebknecht und Wolff Hoffmann wäre es nun und nimmer gegangen. Und jetzt hat das Herrenhaus — Schmach und Gram — dem Geselzentwurf zugestimmt, den die Regierung, um im Stil der „Neuzeitung“ zu sprechen, „als Geschenk aus den Händen der Umsturzpartei entgegengenommen hatte“. Regierung, sozialdemokratische Landtagsfraktion und preussische Herrenhausmehrheit gegen den Kardinal Bischof, den Feldmarschall Grafen Haeferl und den Oberhofprediger Brander — nun sieht die schwarzweiße Welt wohl nicht mehr lange! Trotz der eindringlichen Mahnung des Adliger Kirchenfürsten, man fördere auf diese Weise die Parteierleichtungen, die an den Fundamenten des Staates und der Kirche graben, 90 gegen 84 Stimmen!

Die Mehrheit des preussischen Herrenhauses, vereint mit Liebknecht, v. Dallwitz und Wolff Hoffmann gräbt an den Fundamenten von Staat und Kirche.

In der Debatte prägte der Staat und Kirche untergrabende Polizeiminister, der weder von Leichenbeseitigung noch von Leichenverdrängung sprechen wollte, das herrliche Bureaufrauentwort von der „Leichenbeseitigung“, (welche sowohl im Wege des Verbrennens wie auch des Begrabens erfolgen kann). Jetzt, nachdem dem der Sieg der Flamme — allerdings fakultativ und auch nur mit den bescheidenen Kartellen entschieden ist, bleibt dem preussischen Dreiklassenhaus nebst seinem persönlichen Anhängel in der Leipzigerstraße nur noch eins zu tun übrig, nämlich den eigenen Leichnam zu beseitigen.

### Das preussische Abgeordnetenhause

erlebte am Dienstag das Ausführgesetz zum Viehseuchengesetz in zweiter Lesung. Aus der mehrstündigen Debatte ist nur hervorzuheben, daß alle Anträge, die von unseren Genossen zu Gunsten der kleinen Viehbesitzer gestellt wurden und die Genosse Demont unter wiederholten Wutausbrüchen der Junker begründete, abgelehnt wurden. Selbstverständlich erklärte die Regierung, daß sie alles mögliche tun werde, um die Agrarier zufriedenzustellen.

Am Schluß der Sitzung gab es eine umfangreiche Geschäftsordnungsdebatte, die durch einen Antrag des konservationen Führers v. Pappenheim hervorgerufen war, das Groß-Berliner Zwerdbergsverge schon am Mittwoch zu behandeln. Dieser Antrag wurde schließlich, da sich nur das Zentrum für ihn aussprach und alle anderen Parteien dagegen, zurückgezogen. Genosse Hirsch stellte den Antrag, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung den freisinnigen Wahlrechtsantrag zu stellen, welchem Verlangen sich dann auch der freisinnige Reichschof angeschlossen. Dieser Antrag wurde aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Freisinnigen abgelehnt; den Nationalliberalen schloß es an Mut, für die baldige Verhandlung des Wahlrechtsantrages einzutreten. Am Mittwoch soll das Viehseuchengesetz in dritter Lesung erledigt werden; außerdem stehen kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.



Deutsches Reich.

Berlin, 21. Juni. Gestern begann im Reichsamt des Innern die Konferenz der sozialpolitischen Abteilung mit Referenten sämtlicher Bundesregierungen zur Durchführung der Reichsversicherungsordnung. Die Konferenz wird voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen. In erster Linie handelt es sich um die Organisation der neuen Versicherungsbehörden. Außerdem werden gemeinsame Grundzüge für die Reorganisation der Krankenkassen, die Abgrenzung der Bezirke für die einzelnen Kassen, Orts- und Landkrankenkassen, aufgestellt werden.

Kein obligatorischer Religionsunterricht in den preussischen Fortbildungsschulen. Die Kommission für das Pflichtfortbildungsschulwesen im preussischen Landtage hielt am Dienstag vormittag die zweite Sitzung des Gesetzentwurfes über Ausdehnung des Fortbildungsschulunterrichts ab. Der Handelsminister erklärte, das Gesetz werde für die Regierung unannehmbar, wenn die Forderung auf obligatorische Einführung des Religionsunterrichts und die Beteiligung der Geistlichen an der Schulaufsicht sowie die Unterstellung der Fortbildungsschulen unter das Kultusministerium bestehen bliebe. Der Finanzminister sagte hinzu, daß das Gesetz auch dann unannehmbar sei, wenn vom Staate ein höherer Zuschuß als 8 Mark pro Kopf verlangt werde. Nach diesen kategorischen Erklärungen führten die Konfessionsparteien nur noch eine Klageinstanz an, indem sie verlangten, daß die Unterrichtsverwaltung auf städtischer und religiöser Grundlage erziele und die Möglichkeit geschaffen werden müsse, daß durch Ortsstatut der Religionsunterricht fakultativ zu den Unterrichtsgegenständen der Fortbildungsschule gemacht werden könne. Mit allen gegen die Stimmen des Zentrums wurde dann die Einführung des Religionsunterrichts bei den Fortbildungsschulen abgelehnt, wozu auch die Beteiligung der Geistlichen an der Schulaufsicht fällt. Der staatliche Zuschuß werde, der Forderung des Finanzministers entsprechend, auf 8 Mark pro Kopf beschränkt.

Kasseltreiben gegen Professor Wilbrandt. Professor Dr. Robert Wilbrandt in Tübingen hat volkswirtschaftliche Vorlesungen herausgegeben, in denen sich in stark verkaufter Form einige sozialpolitische Wahrheiten befinden, die von sozialpolitisch bewanderten Lesern, gleichgültig wie sonst ihre Parteilichkeit ist, schon längst nicht mehr bestritten werden. Es kommen dabei Selbstverständlichkeiten in Betracht wie diese: Arbeitlosigkeit, Elend, Bettel, Verbrechen und Prostitution sind notwendige, periodische Begleiterscheinungen der kapitalistischen Arbeiterbeschäftigung und Entlassung; die Arbeitslosigkeit wächst bei steigender, nimmt aber bei sinkender Konjunktur ab; der Arbeiter hat, um seinen Lohn zu fristen, nichts als seine Arbeit, er muß arbeiten, wenn er leben will; der Arbeiter ist deshalb vollkommen abhängig vom Kapital und muß sich sein ganzes Arbeitsleben dem Arbeitgeber so einrichten, vorzeichnen, befehlen lassen, daß für letzteren dabei immer eine Vermögenserweiterung herauskommt. Und so weiter. Daß diese Sätze nun aber von einem ordentlichen Professor ausgesprochen werden, das hat die reaktionäre Presse in eine tolle Wut versetzt, und sie ruft unablässig nach der Polizei, die den Mann schlemmt beim Stragen nehmen und aus seinem Staatsamt herausbeschießen soll. Vor einigen Tagen war es die „Kreuzzeitung“, die den Professor Wilbrandt den Bekleidern denunzierte, jetzt ist es die „Deutsche Tageszeitung“, die in ihrer Nummer vom 19. Juni das würdige Denunziantenbandwerk fortsetzt. Ein Dr. Bünting-Berlin widmet unter der Ueberschrift „Fortgeschritte der Sozialdemokratie“ dem Wilbrandtschen Buche einen ganzen Artikel. Daß Bünting wirtschaftlich und politisch einen anderen Standpunkt vertritt, wie Wilbrandt, das kann ihn niemand verdenken. Es lohnt auch nicht, sich mit den kindlichen wirtschaftspolitischen Ansichten dieser wissenschaftlichen Größe der „Deutschen Tageszeitung“ zu beschäftigen. Ziemer aber muß es geknigt werden, wenn diese agrarische wissenschaftliche Leuchte von der Regierung verlangt, daß Wilbrandt, der „im staatlichen Auftrag lehrte und in Vorträgen und Schriften sein kommunistische Lehren verbreitete“, schlemmt von seinem Amt entsetzt werde. — Tübingen ist zwar eine universitätsfreie Universität und die Schwaben werden sich von den preussischen Reaktionsären nicht so leicht vorführen lassen, wenn sie an ihrer Hochschule lehren lassen dürfen. Aber ausgeschlossen ist es trotzdem nicht, daß das Denunziantenband mit Hilfe der preussischen Regierung noch nach Wilbrandt von seinem Posten bringt. „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“, aber nur, soweit sie für Junker, Kapitäne und Regierung Hausrechtssoldaten verrichtet.

Gleiches Recht für alle Staatsbürger. In Oldenburg hat der erste Bürgermeisterei, ein Reichsoberbaurat, den für den 2. Juli geplanten Umzug bei dem Gewerkschaftsfeiern verboten, weil für die Schützengesellschaft am gleichen Tage schon ein Umzug genehmigt war und „bei dem Zusammenreffen zweier großer Veranstaltungen eine Störung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist.“ Ähnlich drohte der Bürgermeister Verbot des ganzen Festes an, wogte aber dann doch nicht, diese Absicht auszuführen. Über er änderte an, daß er den Marsch einzelner Gewerkschaften zum Festplatz als verbotenen Umzug anfehen werde, was seiner Unparteilichkeit noch ein besonderes Gepräge verleiht.

Die minderjährige „Kassiberin“. In Würzburg, Kreis Obfrau (Schleien) fand vor kurzem auf dem Gehöft eines Stellenbesizers eine sozialdemokratische Versammlung unter freiem Himmel statt. Die jugendliche Enkeltochter des Besitzers bestand sich in der Wohnung, und da ein Fenster offen stand, gingen ein paar Worte des Redners bis in die Stube gedrungen sein. Das Mädchen erlitt darauf einen Selbstmord aber 3 Mal, weil es „als Person unter 18 Jahren an einer politischen Versammlung teilgenommen“ habe. Nach das Schöffengericht hielt eine Unterbrechung des Vereinsgesetzes für vorliegend, ermäßigte aber die Geldstrafe auf 1 M. Der überwachende Gendarm hatte als Zeuge u. a. betanzt, das Mädchen sei ihm trotz seiner Jugend

bereits als „Kassiberin unter den Tabakarbeiterinnen“ bekannt.

Aus den deutschen Kolonien.

Kulturarbeit. Aus Deutsch-Südwestafrika meldet ein Telegramm des Gouverneurs, daß in Bethanien durch Urteil des Gerichts am 6. Juni fünf Behaiher-Hottentotten zum Tode verurteilt und am 12. Juni hingerichtet worden sind, weil sie eine Bande zum Zwecke der Raubtätigkeit aufzubrechen und der Ermordung von Weißen gebildet hatten. Zwei Gewehre mit Munition hatte die Bande durch Diebstahl bereits in ihren Besitz gebracht. — Hoffentlich erfährt die Öffentlichkeit bald Näheres über das „Verbrechen“ der Eingeborenen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Stichwahlen begannen am Dienstag in ganz Oesterreich. Die Wahlbeteiligung ist sehr hoch. Aus mehreren Städten Böhmens und Galiziens kommen Nachrichten, daß die Bevölkerung sehr erregt sei. Mehrfach ist Militär bereit gestellt, wie auch in Wien. Den Wählern zufolge ereignete sich Montag am Witternast in Lemberg nach Verkündung der Wahl des Sozialisten Breiter infolge von Ausschreitungen der Anhänger Breiters vor der Statthalter Zusammenkünfte mit Militär und Polizei, wobei von der Waffe Gebrauch gemacht wurde und 13 Personen verletzt wurden. Aus Sambor wird gemeldet, daß nach Veröffentlichung des Wahlergebnisses die christliche und jüdische Bevölkerung einander angriffen. Das einkreisende Militär ging mit gefälligen Bajonetts vor. Mehr Personen wurden verletzt. In der Voogänge in Trohobuz ist die Unterjochung im Gange. Der Zustand mehrerer Verletzten ist lebensgefährlich. Mehr durch Schußwunden erlitten viele ihrer Verletzungen dadurch, daß sie bei der panikartigen Flucht über Boden geschossen und getreten wurden. Nachts war in Trohobuz Ruhe. Am Dienstag herrschte ungeheure Aufregung. Es wird befürchtet, daß es beim nächsten Anmarsch der Oester zu großen Demonstrationen kommen wird.

Rußland.

Ein neues Prozeßverfahren gegen den Buchbinder an der Marine-Akademie. Der wegen Verkaufs von geheimen Dokumenten zu 12 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war, ist jetzt eingeleitet. Der neue Prozeß, worin mehrere Damen der Lebewelt verwickelt sind, verspricht sensationell zu werden.

Korruption. In Moskau begann am Montag ein großer Prozeß gegen Beamte und Offiziere der Militär-intendantur. Die Anklageschrift stellt fest, daß die Mißbräuche besonders in den letzten Jahren zugenommen haben. Die Schmiergelder wurden so groß, daß solide Firmen an den Lieferungen überhaupt nicht mehr teilnehmen konnten. Die Firma Thiel allein hat innerhalb 25 Jahren gegen zwanzig Millionen Rubel an Intendantenbeamten gezahlt.

Türkei.

Das Schicksal des Ingenieurs Richter. Der Raimakan von Glafona erhielt einen Brief, in dem der gefangene Ingenieur Richter steht: Sendet keine Truppen, sondern Lösegeld! Ich leide schwer und werde sicher getötet, wenn meine letzten Herren Straft und Lolo nicht folgendes erhalten: 60000 Pfund, eine große und sechs kleinere goldene Ketten, zwölf Brillantringe und fünf lebensläufige Revolver. — In einem Begleitbriefe drohen die Räuber, den Kopf Richters zu schicken, falls die Verfolgungen andauern sollten. Der türkische Kriegsminister ließ einem Richterakt, alle Sorgen seien grundlos, da große Räuber noch keinen Fremden getötet hätten, solange sie hoffen konnten, Geld zu erpressen.

Sina.

Die kürzlich ausgebrochene Revolte in China war nach einer Korrespondenz in elf Provinzen organisiert worden: Kanton, Kuan-Si, Numan, Si-Tschuang, Su-Nan, Hou-Pé, An-Hoé, Kiang-Si, Tse-Kiang, Kiang-Sou und So-Kian, nämlich Provinzen des Südens. Die Revolte sollte zuerst in Kanton ausbrechen. Die beschlagnahmten Papiere zeigen eine strenge Organisation der Bewegung; große Anschlagzettel sollten die Bevölkerung warnen, die Ausländer anzugreifen. Auch sollten die Mandchus nicht getötet werden, wie es während der vorhergehenden Revolutionen geschah. Man sollte abwarten, ob sie sich gegen die Revolutionäre wenden würden; von diesem Augenblick an seien sie dem Tode geweiht. Die Bewegung war also nicht direkt gegen die Mandchus gerichtet. Die besiegten Städte sollten Kriegsabgaben zahlen. Jeder Einwohner wurde taxiert; das Geld sollte nach sechs Monaten durch die Militärregierung zurückerstattet werden, während man bis zu diesem Datum sechs Prozent auf die geliehenen Summen bewilligte. Auf die Frage, warum man Kanton gewählt habe, wurde geantwortet, daß in Kanton viele Anhänger seien und der Waffenschmuggel sehr leicht sei. Auf die Frage, ob sie durch die Revolution die Regierung zu Reformen zwingen wollten, antworteten die Revolutionäre: Nein, die Regierung zwingt uns durch ihre Scheinreformen zum Aufstand; wir wollen einen gänzlichen Umsturz.

Die Revolte wurde bekanntlich unterdrückt und die meisten Revolutionäre, die bewaffnet gefangen wurden, sind nach dem Kriegsrecht verurteilt und hingerichtet worden. Nach ein 13jähriger Knabe und ein 17jähriger Mädchen sind geköpft worden. Dann erschien eine Bekanntmachung, die die Revolutionäre einlad, sich zu unterwerfen, damit ihnen verziehen werde. Eine Anzahl von Flüchtlingen erschien; sie sind nicht bestraft worden.

Alte politische Nachrichten. Eine monarchistische Versammlung in südlichen Portugal ist von der Regierung unterdrückt worden. — Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben die Republik Portugal anerkannt. — Wie aus Bombay gemeldet wird, wurde der englische Staatssekretär W. W. Ailes von einem dramatischen Rechtsgelehrten erschossen. Dr. Ailes spielte im vorigen Jahre in dem Prozeß gegen die Mörder von Autcorin eine hervorragende Rolle, und man glaubt, daß der Mörder aus diesem Grunde irgend einen Haß gegen ihn hegte.

Gewerkschaftliches.

Die Klemperer befinden sich in Oldenburg i. G. im Streit, Zugang ist daher sehr zu holen.

Der internationale Textilarbeiterkongress in Amsterdam, auf dem 83 Delegierte anwesend waren, beschloß, den nächsten Kongress in England abzuhalten. In einer Resolution erklärte der Kongress sich für eine adhärente Arbeitszeit in allen Textilfabriken. Demonstration nahm der Kongress eine Resolution für den Weltfrieden und für internationale Schiedsgerichte an.

Vom internationalen Seemannsstreit. Die englischen Seeleute haben ihre Forderungen auf eine Erhöhung der Gehälter reduziert, und zahlreiche Schiffseigenümer haben in dieser Hinsicht Konzessionen gemacht, so daß am Sonnabend bereits der Verkehr im Londoner Hafen in den nahe gewohnter Regelmäßigkeit sich abwickelte. — In Liverpool wurde der Belog von fünf Schiffen ihre Forderungen bewilligt. — In den Häfen am Firth of Forth hat sich die Lage dadurch zugepunkt, daß über 600 Mann von Dampfern, die in verschiedenen Häfen liegen, die Arbeit niedergelegt haben. In Leith liegen 23 Schiffe still. Weitere Schwierigkeiten werden dadurch hervorgerufen, daß auch die Hafnarbeiter sich dem Ausland angeschlossen haben. — Das Vaden und Röhren der Schiffe ist nicht mehr möglich. — Mehrere Schiffe, die Zuschauer für die am Samstag stattfindende Flottenschau in Spithead aufnehmen sollten, mußten die Fahrt abbrechen.

In Glasgow ist es Montag abend zu ersten Ruhestörungen gekommen. Eine dicke Menge von Seeleuten und Ausländern versuchte sich den Zugang zu dem Ankerplatz der nach Belfast bestimmten Dampfer zu erzwingen, auf denen nicht zur Union gehörige Seeleute eingestellt sein sollten. Die Polizei drängte die Menge zurück, worauf diese die zum Ankerplatz gehörigen Gebäude in Brand steckte. Als die Feuerwehre erschien, versuchten die Ruhestörer die Schläuche zu zerhacken; sie waren mit Gasen und geröteten sich erst, als die Feuerwehre die Schläuche gegen sie richtete.

In Amsterdam haben sich die meisten Seeleute so weit sie nicht in einem Vertragsverhältnis stehen, dem Auslande angeschlossen. — Die Offiziere der englischen Schiffe in Rotterdam erhielten von ihren Redden Anweisung, daß sie als Lohn 4 Mt. 10 Sh. genähren dürfen. Damit sind die Lohnforderungen der englischen Seeleute erfüllt. Infolgedessen konnten die meisten englischen Schiffe mit voller Benennung in See gehen.

Genossenschaftliches.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine tagt vom 19.—23. Juni in den Räumen des Volkshauses in Leipzig. Mit der Tagung ist eine Ausstellung genossenschaftlicher Eigenprodukte sowie von Modellen und Abbildungen genossenschaftlicher Betriebe verbunden. Es ist hierin Vorbildliches geteilt worden und es kann nur bedauert werden, daß die große Allgemeinheit nicht die Vorteile dieser Einrichtungen in hygienischer sowie sozialer Hinsicht genießen kann. Es kann der Befehl des Vorstandes des Zentralverbandes nur gebilligt werden, der eine Besichtigung der Hygiene-Ausstellung in Dresden ablehnte, nachdem den Genossenschaften das Recht nicht zugestanden war, auf dieser Ausstellung auch die Schattenseiten der Heimarbeit der Öffentlichkeit zu unterbreiten. — In der Eröffnungsansprache wurde mit Recht von dem Geschäftsführer der Großhandelsgenossenschaft Deutscher Konsumvereine zum Ausdruck gebracht, daß die Genossenschaften folgender die Pflicht hätten, ihre Einrichtungen und Produktionsweisen der Öffentlichkeit zur Schau zu stellen, schon wegen des agitatorischen Wertes und weil sie Vorbildlich seien.

Der Genossenschaftstag wurde am Montag eingeleitet durch einen wohlgeleiteten Vortrag des Arbeitergefangenenvereins Leipzig und durch eine Begrüßungsansprache des Vorstehenden Radeb.-Dresden, worin dieser auf die außerordentlich hohe Delegiertenzahl in diesem Jahre (ca. 800) hinwies, was ein großes Interesse bezeugte. Er wies weiter auf die Vorbildlichen Einrichtungen des sitzenden Vereines, des Leipzig-Plagwitzer Konsumvereins hin, der in den 26 Jahren des Bestehens bis 174 Millionen Mark Ware umgesetzt und im verflochtenen Geschäftsjahr bei einem Mitgliederbestand von 45111 einen Umsatz von beinahe 19 Millionen Mark erreicht hat. Der Verein besitzt 90 Verkaufsstellen und in den Betrieben des Vereines sind 1214 Personen beschäftigt. Als Entgelt dafür, daß die Arbeiter beschäftigt und infolge ihrer Masse in der Lage waren, solche imponierende Einrichtungen zu schaffen, forderte „Vater Staat“ im letzten Jahre von ihm 178316 M. Steuern.

Von ausländischen Delegierten resp. Gästen waren vertreten der britische Genossenschaftsbund sowie die britische, schottische und dänische Großhandelsgenossenschaft, ferner Vertreter aus Holland, der Schweiz, Schweden und Ungarn. Von den Genossenschaften waren Vertreter der Transportarbeiter, Bäcker, Lagerhalter und Handlungsgeschäften-Organisationen und von der Generalkommission der Genosse Umkreis anwesend.

Arnold, Geschäftsführer des Plagwitzer Konsumvereins, wies darauf hin, daß der Verein keine plötzliche Entwicklung der eigenen Kraft der Arbeiter verdanke. Als Vertreter der Generalkommission begrüßte Umkreis die Genossenschaftler im Auftrag der Genossenschaften. Kaufmann, Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, referierte über den Beitritt des Verbandes zum Internationalen Genossenschaftsbunde. Bis her waren die einzelnen Konsumvereine verpflichtet, ihren Beitritt zum Bunde zu erklären. Durch die auf dem letzten Internationalen Genossenschaftstag in Hamburg beschlossene Resolution ist eine wesentliche Veränderung eingetreten. Durch den Beitritt des Zentralverbandes sind nun sämtliche dem Verbande angehörende Vereine dem Bunde angeschlossen. Die einzelnen Vereine haben keine Beiträge zu entrichten; die 6000 M. Kosten des Beitritts des Zentralverbandes werden vom Zentralverbande selbst getragen, dessen Finanzen





# Zur Aufklärung

über Henkel's selbsttätiges Waschmittel

# P. E. R. S. I. L

Auf allen Gebieten sind fortgesetzt Neuerungen und Verbesserungen erschienen, die oft eine vollständige Umwälzung der bestehenden Verhältnisse verursachten. Nur ein Gebiet ist von dem allgemeinen Streben nach Verbesserung bisher fast völlig unberührt geblieben, nämlich das der

## Reinigung der Wäsche.

Schon seit mehr als tausend Jahren wäscht man stets in der gleichen zeitraubenden und anstrengenden Weise! Alle Versuche, hier einen bedeutamen Fortschritt zu erzielen, sind nicht durchschlagend gewesen. Erst der jüngsten Zeit blieb es vorbehalten, eine völlig befriedigende Lösung der Washfrage zu bringen, nämlich

## durch „Persil“

das neue selbsttätige Waschmittel, dessen Wasch- u. Bleichkraft bei **garantiert absoluter Unschädlichkeit** geradezu enorm ist. **Kein Reiben u. Bürsten, nur einmaliges, halbstündiges Hocken u. die Wäsche wird wie von selbst blütenweiß.** Dabei verschwinden spurlos selbst die hartnäckigsten Flecken von Kalao, Kaffee, Tee, Obst, Rotwein, Tinte, Sauce, Blut etc., **ohne daß das Gewebe durch den Waschprozeß im geringsten angegriffen wird.** Vielmehr gewährleistet die zarte Behandlung beim Waschen die denkbar

## größte Schonung und längere Haltbarkeit der Wäsche.

Bei ganz besonders schmutziger Wäsche unterstützt die glänzende Wirkung des Persil ein vorheriges Einweichen in **Henkels Bleich-Soda.**

## Auch die Preisfrage spielt keine Rolle!

Für ein Quantum Wäsche, das mit  $\frac{1}{2}$  Pfund „Persil“ also für 35 Pf. gewaschen wird, braucht man sonst für mindestens 25 bis 30 Pf. gute Seife, Soda oder sonstige Waschmittel; nun aber wäscht „Persil“ die Wäsche bei größerer Schonung des Gewebes in etwa  $\frac{1}{2}$  der sonst erforderlichen Zeit spielend leicht und ohne Mühe schneeweiß. Sollte diese Zeiterparnis der Hausfrau nicht mehr wert sein, als die Paar Pfennige, die „Persil“ vielleicht mehr kostet? Und sollte ihr die längere Erhaltung ihrer Wäsche, die durch das sonstige Reiben und Bürsten enorm leidet, nicht mehr am Herzen liegen, wie die scheinbare Mehrausgabe für ein besseres Waschmittel? Ueberdies aber bietet „Persil“ einen völligen

## Ersatz für Rasenbleiche

indem es die Wäsche nicht nur blendend weiß macht, sondern sie auch dauernd weiß erhält. Auch als Desinfektionsmittel für Kranken- und Kinderwäsche bewährt sich „Persil“ vorzüglich, da es die Bakterien tötet, Krankheitskeime ersticht und alle scharfen Gerüche beseitigt!

Alle diese Vorzüge zusammen genommen ergeben:

**Höchste Reinigungs- und Bleichkraft — denkbar geringste Arbeitsleistung — größte Schonung und Erhaltung der Wäsche — sowie bedeutende Ersparnis an Zeit, Arbeit, Mühe und Geld.**

„Persil“ ist das Produkt langjährigen, sorgsamsten Studiums; seine Herstellung geschieht sehr sorgfältig unter genauer Kontrolle unseres Laboratoriums. Wir empfehlen daher **Vorsicht beim Einkauf**, da viele minderwertige Waschmittel existieren, die in Wirksamkeit an „Persil“ nicht im entferntesten heranziehen und die unter Umständen schädlich für die Wäsche sind.

Millionen Hausfrauen, die „Persil“ dauernd gebrauchen, sind beredete Zeugen für dessen Güte. Erkundigen Sie sich bei Ihren Bekannten und versuchen Sie es selbst, auch Sie werden dann bald die Vorteile des „Persil“-Gebrauches erkennen.

**In allen Geschäften erhältlich.**

Alleinige  
Fabrikanten: **Henkel & Co. :: Düsseldorf** Gegründet  
1876.

**Auch Fabrikanten der weltbekannten Henkel's Bleich-Soda.**

Auf allen beschickten größeren Fachausstellungen nur mit ersten Auszeichnungen und vielen Ehrenpreisen prämiert.



## Die Reichsversicherungsordnung — wie sie sein sollte und wie sie ist.

### III. (Schluß)

#### B. Die Leistungen der Versicherung.

a) Die Unterhaltungen, welche die Versicherung jetzt bietet, sind aus den proletarischen Magen zugeschnitten; sie schlingen nicht vor dem Verhungern. Die Pflichten der Krankenversicherung erstrecken sich nur auf ärztliche Behandlung, Heilmittel und Kranfengeld (und auch nur bei einem Teil der Klassen) auf Wochengeld und Sterbegeld nur für Mitglieder. Das Kranken- und Wochengeld beträgt nur die Hälfte des durchschnittlichen Tageslohnes; infolge eigenartiger Berechnung sinkt es oft bis auf 50 Pf. und noch weniger pro Tag herab. In der Unfallversicherung wird bei vollständiger Erwerbsunfähigkeit, die aber nur angenommen wird, wenn ein Verletzter halb tot ist, zwei Drittel des seitherigen Jahresarbeitsverdienstes gewährt. In der landwirtschaftlichen Unfallversicherung wird der Jahresarbeitsverdienst in Gestalt von Durchschnittslöhnen durch die Behörden, indes meist zu niedrig, festgelegt. Auf einen Verletzten entfallen pro Jahr circa 165 M. an Unfallrente. Die Invalidenversicherung kennt als Pflichtenleistungen nur die Invaliden- und Altersrenten. Zu letzteren ist eine Wartzeit von insgesamt 200 Wochen, zu letzteren eine solche von 40 Wochen pro Jahr notwendig. Die komplizierte Wartzeit zur Altersrente bedingt, daß eine Menge von Personen, die über 70 Jahre alt sind, keine solche Rente bekommen, obgleich sie ihr Leben gearbeitet haben. Die Renten betragen circa 170 M. im Durchschnitt pro Jahr.

b) Die Sozialdemokraten fordern weitestgehende Ausgestaltung der Rente. In der Krankenversicherung ist die Verköstigung von Krankenbetten einzuführen, bei Entbindungen eine Unterhaltung acht Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung, freie Gewährung der Hebammendienste, Gewährung aller Leistungen an die nichtrentierten Familienangehörigen der Mitglieder usw. Im Reichstag beantragten die Sozialdemokraten, daß das Kranfengeld in der Höhe des vollen Grundlohnes und nicht nur auf die Hälfte beschränkt, daß das Kranfengeld für jeden Tag der Erwerbsunfähigkeit gewährt wird. Als das abgelehnt wurde, beantragten sie, daß das Kranfengeld wenigstens im Betrage von drei Viertel des Arbeitsverdienstes und nicht erst vom vierten, sondern bereits vom ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit an gewährt wird. Alles wurde abgelehnt. Weiter wurde beantragt, daß in bestimmten Fällen eine Hauspflegerin gestellt werden muß, daß die Heilmittel ohne Rücksicht auf den Kostenpunkt gewährt werden müssen usw. Hinsichtlich der Unfallversicherung beantragten die Sozialdemokraten, daß die Gewerbetreibenden als Betriebsunfälle anerkannt werden, daß die Leistungen der Unfallversicherung sofort und nicht erst mit der 14. Woche eintreten, daß der Rentenberechnung der volle Jahresarbeitsverdienst und nicht nur zwei Drittel desselben zugrunde gelegt wird, daß die Rente für die hinterbliebenen Witwe eines Getöteten auf ein Drittel des Jahresarbeitsverdienstes des Getöteten erhöht wird usw. Bei der Invalidenversicherung beantragten die Sozialdemokraten die Angleichung der weiteren Lohnklassen nach oben, die Beseitigung von Arzt und Heilmittel für Invalidenrentenempfänger, die Annahme der Invalidität, wenn ein Verletzter nicht mehr die Hälfte seines seitherigen Verdienstes erwerben kann, den Beginn der Altersrente um 65 Lebensjahre an, die Ausgestaltung der Selbstverfahren zu einer Pflichtleistung der Versicherungsanstalten, die Gewährung der Witwenrenten an alle Witwen, die Erhöhung der Hinterbliebenenrenten usw.

c) Die „Reform“ hat alles beim alten gelassen. Eine Erhöhung der Leistungen hat so gut wie garnicht Platz geiffen. In der Krankenversicherung ist nur die Erweiterung der Wöchenerkrankungsunterstützung um sechs auf acht Wochen vorgenommen worden. Die Dauer des Kranfengeldbezuges ist bei 26 Wochen geblieben, nur werden dazwischenfallende Zeiten, in denen nur ärztliche Behandlung und Heilmittel gewährt werden, nicht mehr als Unterhaltungszeit gerechnet — was schon seither selbstverständlich sein sollte. In der Unfallversicherung bleibt auch alles beim alten. Neu ist, daß der Jahresarbeitsverdienst, der 1800 M. (seither 1500 M.) übersteigt, nur zu einem Drittel angerechnet wird. Mit einer einmaligen Summe können die Renten bis zu zwanzig Prozent (seither 15 Proz.) abgemindert werden. Hat eine Krankenkasse über die 13. Woche hinaus Kranfengeld gewährt, weil die Berufsgenossenschaft noch nicht eingegriffen hat, so hat die Berufsgenossenschaft den Verletzten als vollkommen erwerbsunfähig anzuerkennen. In der Invalidenversicherung ist die Wartzeit und die Höhe der Rente dieselbe geblieben. Hat der Empfänger der Invalidenrente Kinder unter 15 Jahren, so erhöht sich die Invalidenrente für jedes Kind um ein Zehntel bis zu dem höchstens 1/10fachen Betrag. Sonst ist nur die Hinterbliebenenversicherung angegliedert worden. Sie gewährt bekanntlich nur den invaliden Witwen Renten, die bis auf 68 M. pro Jahr, und Waisenrenten, die bis auf 34 M. pro Jahr herabgehen. Dafür werden die Versicherungsbeiträge erhöht und die Beitragsentlastungen in Heirats-, Todes- und bei Unfällen eingeteilt, wofür ein geringes „Witwenlohn“ und eine „Waisensteuer“ als einmalige Abfindung eingeführt werden.

#### 4. Die Beteiligung der Versicherer an der Durchführung der Versicherung.

a) In keinem Versicherungsweige ist gegenwärtig die

Verwaltung genügend demokratisch gestaltet. In der Krankenversicherung besitzen ein leitendes Selbstverwaltungsrecht nur die Ortskrankenkassen. Ihre Verwaltungsorgane müssen zu 2/3 aus Versicherern und 1/3 aus Arbeitgebern zusammengesetzt sein; die beherrschende Beaufichtigung erstreckt sich nur darauf, daß sie die gesetzlichen und statutarischen Vorschriften befolgen. Bei den Betriebs- und Innungskrankenkassen steht die Selbstverwaltung nur auf dem Papier; bei ersteren hat z. B. der Arbeitgeber den Vorsitz, bei letzteren vertritt die Innung die Kasse und stellt das Statut auf. Die Gemeindekrankenversicherung hat überhaupt keine Selbstverwaltung; bei ihr liegt die Verwaltung vollständig in den Händen der Gemeindebehörde. In der Unfallversicherung (den Berufsgenossenschaften) liegt die Verwaltung vollkommen in den Händen der Unternehmer. Die Versicherer haben dabei absolut nichts zu sagen. In den Verwaltungsorganen der Invalidenversicherung sind zwar gleichmäßige Vertreter der Versicherer und Arbeitgeber vorhanden, doch kommen im Vorstand der Versicherungsanstalt, dem hauptsächlichsten Organ, noch der Zahl nach unbeschränkte Regierungsvertreter (beamtete Vorstandsmitglieder) hinzu, so daß in Wirklichkeit die Vertreter der Versicherer ganz ohne Einfluß und nur eine Dekoration sind. Die gesamte Rechtsprechung zur Arbeiterversicherung ist bürokratisch organisiert; in der Krankenversicherung findet sie noch gänzlich ohne Teilnahme von Vertretern der Versicherer statt.

b) Die Sozialdemokraten fordern für alle Versicherungsweige volle Selbstverwaltung durch die Versicherer. Im Reichstag beantragten sie Aufrechterhaltung des seitherigen Selbstverwaltungsrechts der Ortskrankenkassen. Ausdehnung desselben auf andere Klassenarten und Streichung aller Veränderungen, welche dieses Recht einschränken. Als diese Anträge abgelehnt waren, beantragten sie, daß den Versicherern in den Ortskrankenkassen das volle Wahlrecht wie in den Ortskrankenkassen gewährt wird, daß auch in den Betriebs- und Innungskrankenkassen der Vorsitzende vom Vorstande selbst gewählt wird, daß die Unternehmer bei den Vertreterwahlen auch nur eine Stimme haben usw. Betreffs der Unfallversicherung beantragten die Sozialdemokraten, daß die Vorstände der Berufsgenossenschaften mindestens zu 2/3 aus Vertretern der Unternehmer und zu 1/3 aus Vertretern der Versicherer bestehen sollen, Durchführung der Unfallversicherung durch einen Ausschuß, der aus Vertretern der Unternehmer und Versicherer besteht, usw. Zur Invalidenversicherung wurden ähnliche Anträge gestellt, welche eine Demokratisierung der Versicherungsanstalten bezweckten. In Bezug auf die Rechtsprechung beantragten die Sozialdemokraten, daß Richterämter als Vertreter der Versicherer zugelassen werden, daß jeder Anspruchsberechtigte persönlich gehört wird, daß der Verlesene in allen Instanzen das Recht hat, ein Gutachten von einem von ihm bezeichneten Arzt zu fordern, daß der Refus an die höchste Spruchbehörde (Reichsversicherungsamt) nicht beschränkt wird, usw.

c) Statt einer Erweiterung nimmt die Reichsversicherungsordnung eine Verengung der Rechte der Versicherer vor. In der Krankenversicherung bleiben zwar die Verwaltungsorgane so zusammengesetzt, daß 2/3 Versicherer und 1/3 Unternehmer vorhanden sind, aber eine Reihe von wichtigen Verwaltungsfragen ist so zu erledigen, daß die beiden Gruppen getrennt abstimmen. Ein Beschluß gilt nur dann als gefaßt, wenn beide Gruppen in ihrer Mehrheit ihm zustimmen. Das ist der Fall bei der Wahl des Vorsitzenden, der Bestellung der Klassenbeamten, der Aufstellung der Dienstordnungen für letztere und der Erweiterung der Leistungen über eine Mindestgrenze. Kommt bei diesem Verfahren ein Beschluß nicht zustande, so wird er von der Behörde erlassen, die z. B. einen Vorsitzenden und einen Klassenbeamten einsetzt, die Dienstordnungen aufstellt usw. Angestellte, die ihre „dienstliche Stellung oder ihre Dienstgeschäfte zu einer religiösen oder politischen Betätigung mitdrängen“, sind bei Wiederholung sofort zu entlassen. Die Aufsichtsbefugnisse der Behörden sind erweitert worden. In der Unfallversicherung besteht der seitherige Zustand weiter; neu ist nur, daß die Vertreter der Versicherer für die Beratung der Unfallversicherung jedes Jahr zu einer Sitzung zusammenberufen werden sollen. In der Invalidenversicherung bleibt auch alles beim alten, nur dürfen bei Abstimnungen im Vorstand der Versicherungsanstalt die beamteten Mitglieder nicht mehr Stimmen abgeben als die nicht beamteten. Nur minimale Verbesserungen sind es also, die eingeführt wurden, denen aber ganz erhebliche Verschlechterungen — die Beschränkung der Selbstverwaltung in der Krankenversicherung — gegenüberstehen. Für die Sozialdemokratie bedeutet die Reichsversicherungsordnung keinen Abschluß der Reformbestrebungen, sondern den Beginn neuer Kämpfe um die Ausgestaltung der sozialen Versicherung.

### Parteinachrichten.

**Einen argen Stoß** — so schreibt unser Leipziger Parteiblatt — hat anheimend das Vertrauen erlitten, das der frühere Reichstagsverweser verschiedener Parteiblätter, Karl Bruno Sommer, in die bürgerlichen Kreise gesetzt hatte. Sommer hatte bekanntlich den Genossen Amborn vor Gericht gezogen, weil er von ihm beleidigt sein will. Sommer hatte versucht, in die Rednerliste der Partei aufgenommen zu werden; zuvor wurde jedoch über seine rednerischen und sonstigen Qualitäten gesprochen. Zu der Sitzung, die dazu einberufen wurde, war auch Genosse Amborn geladen, der Sommer aus seiner Parteitüchtigkeit in Erfurt kenne. Sommer nahm darauf Veranlassung, Amborn zu verfluchen, weil U. angeblich einige

unwahre Behauptungen über S. verbreitet hatte. Das Schöffengericht, das am 21. April über die Klage verhandelt hat, sprach Amborn jedoch frei; es wurde ihm der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugesprochen und im Urteil ausgeführt, daß U. die Würde der Beleidigung ferngelegen habe. Jede Partei habe das berechtigete Interesse, zu prüfen, ob einer ihrer Angehörigen getreue ist, sie rednerisch zu vertreten. Dieses Recht der Partei müsse auch Sommer als deren Mitglied anerkennen. Sommer begnügte sich jedoch bei diesem ihm abwesenden Urteil nicht, sondern legte dagegen Berufung ein, aber die vor dem Landgericht verhandelt werden sollte. Es kam jedoch nicht dazu, da S. nicht zum Termin erschienen war. Die Berufung wurde daher verworfen und die Kosten des Verfahrens wurden Sommer aufgebürdet.

**Wegen „Gotteslästerung“** wurde Genosse Hesse als Verantwortlicher des Stettiner „Volksboten“ zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Unser Parteiblatt hatte einen Aufsatz aus der Gemeindezeitung von Hr. Trebbow besprochen, der sich mit den „unbetränten“ Brautpaaren und mit den in Hr. Trebbow erfolgten unehelichen Geburten im Jahre 1910 beschäftigte.

**Das Opfer einer Fälschung** war die „Volkszeitung“ in Jüttau geworden. In die Redaktion war eine Postkarte mit der Unterschrift eines Fabrikdirektors gerichtet worden, auf der die Redaktion und die Arbeiterbewegung verhöhnt wurden. Durch die Veröffentlichung der Karte, die sich dann als eine Fälschung erwies, schloß sich der Direktor beleidigt. Das Schöffengericht in Jüttau verurteilte den Genossen Schmeidler als Verantwortlichen zu 75 Mark Geldstrafe.

### Gewerkschaftliches.

**Die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses** wird um einen Beratungsgegenstand erweitert werden. Die Erörterung einer „Volksfürsorge“, einer Gewerkschaftlich-Gewerkschaftlichen Unterhaltungsvereinsung, wird auf dem Kongreß besprochen werden. Referent hierzu ist der zweite Vorsitzende Gustav Bauer.

**Der Ausstand der Berliner Buchdruckmaschinenmeister beendet!** Der Konflikt zwischen den Maschinenmeistern und der Firma Scherl wurde am Montagabend beendet. Es fanden zwei Konferenzen statt. In der ersten Konferenz machte die Firma Scherl das Angebot, die Hilfsarbeiter alle wieder einzustellen; von den 37 ausländischen Rotationsmaschinenmeistern aber wollte sie nur 30 nach ihrer Auswahl wieder in Arbeit nehmen. Der Einigungsorschlag enthielt ferner die Bestimmung, das ausländische Personal habe 10000 Mark Schöneburger für den der Firma zugewiesenen Schaden zu entrichten. Diese Bestimmung wurde auf Wunsch der Gehilfenvertreter fallen gelassen, da die Maschinenmeister ohnedies Kontraktbruchstrafe zu zahlen haben. In geforderten Sitzungen berieten die Gehilfen und die Unternehmervertreter über den Ausgleichsvorschlag. Die Firma Scherl erklärte sich schließlich noch bereit, bei Bedarf weitere sechs Maschinenmeister von den ausländischen einzustellen; einer versicherte freiwillig auf Wiedereinstellung. Auf dieser Basis kam dann die Einigung zustande. Ein Teil der Maschinenmeister nahm Montagabend die Arbeit noch auf.

**Ungehobenes Boykott-Urteil.** Der Zweigverein Berlin des Verbandes der Freizeutgehilfen Deutschlands wehrt sich gegen Tarifbruch der mit ihm im Vertragsverhältnis stehenden Geschäftsinhaber durch Verhängung der Betriebsstreik für seine Mitglieder. Im „Vorwärts“ werden diese Streiken unter der Aufsicht: „Nähtung, Freizeutgehilfen! Für Mitglieder gesperrt.“ beantragt.

Als gesperrt wurde in dieser Weise im Juni, Oktober und November 1909 auch das Geschäft des Herrn Max Steinbock, zuletzt in Charlottenburg, verhängt. Dies veranlaßte Herrn Steinbock gegen den Zweigverein Klage auf Zahlung von 500 M. Schadenersatz wegen Boykottschädigung zu erheben. Der Zweigverein wurde durch Urteil der 6. Zivilkammer des Landgericht I Berlin dem Grunde nach verurteilt. Zur Begründung des Urteils wurde gesagt:

Der Beklagte habe durch die Sperrenentzügen in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise dem Kläger vorzüglich Schaden zugefügt. Die weite Verbreitung des „Vorwärts“, des zur Bekanntmachung gewählten Organs, dem geleitetes Blatt der Arbeiterbevölkerung Groß-Berlins lasse darauf schließen, daß die Mitteilung nicht bloß unter den Interessenten, sondern unter dem Publikum überhaupt bekannt werden sollte. Die Bekanntmachung habe daher einen anderen Zweck verfolgt, als dem vom Beklagten angegebenen, und zwar, wie Kläger mit Recht annehme, den Zweck, ihn geschäftlich lahmzulegen, ihn zu ruinieren. Der Beklagte habe damit gerechnet, daß die Bekanntmachung auch von anderen organisierten Arbeitnehmern, dem fast ausschließlich leitenden Kreis des „Vorwärts“, beachtet werde und bei dem festen Zusammenhalt derselben das Geschäft des mit dem Verbands in Differenzen geratenen Klägers gemieden würde. Der enge Zusammenhalt der organisierten Arbeiterkraft und deren allgemein bekannte Disziplin gegenüber den Anweisungen im Parteiorgan liehen nicht den geringsten Zweifel darüber bestehen, daß die Bekanntmachung und der dadurch herbeigeführte Boykott die wirtschaftliche Existenz des Klägers völlig zu vernichten geeignet sei. Der Beklagte sei aber auch, wenn man höchste Pflicht als nicht vorliegend erachte, gemäß § 823 Abs. 1 a. B. G. ersatzpflichtig. — Bei seiner Bekanntmachung habe er die

Im Besitze erforderliche Sorgfalt, wie sie von einem normalen, ordentlichen und gewissenhaften Menschen zu dem betr. Verhältnisse des Besizers angewendet zu werden pflegt, nicht angewandt. Die Folgen der Bekamtmachung, die eine Ausforderung zum Boykott enthalte, mußte der Beklagte vorantreiben. Eine derartige Ausforderung sei eine rechtswidrige und verpflichte zum Schadenersatz.

Das Kammergericht, 9. Zivilsenat, hat das landgerichtliche Urteil am 16. Juni abgeändert und die Klage abgewiesen.

**Aus aller Welt.**

**Eine überraschende Feststellung.** Die Direktion der im Gebiet der Stadt Dortmund gelegenen Zeche Lafas hat am Sonnabend bekannt gegeben, daß zum 1. Juli der Betrieb der Zeche eingestellt werden soll. Als Ursache wird unglückliche Geschäftslage und in der Hauptsache der unlohnende unterirdische Betrieb genannt, der Aufschub erfordert. Vermutet wird, daß Sinter seine Hand im Spiel hat und daß lediglich die Einstellung der Kohlenförderung zurecht Freiortregulierung die Ursache der Stilllegung ist. Die Bergarbeiter weinen der Zeche keine Träne nach, da sie infolge der vielen Unfälle nächst Raddob am meisten von sich reden gemacht hat.

**Der gestohlene Heilige.** Auf der Höhenstraße zwischen Alpeier und Bühl wurde, wie dem „Berl. Tgl.“ aus Ammenstadt in Bayern geschrieben wird, nachts die Statue des heiligen Nepomuk, die einen Kunstwert von über 10000 Mk. nach Rennerartikel repräsentiert, gestohlen. Von den Tätern, die offenbar im Auftrag von Kunstheimern handelten, hat man bis jetzt keine Spur.

**Der Vormund als Entführer.** Vor ca. 14 Tagen lief durch die Zeitungen die Meldung, daß aus Nienke (Westfalen) ein junges schönes Mädchen entführt und vermutlich über die Grenze gebracht sei. Jetzt hat die Entführungsgeschichte eine andere Wendung gefunden. Der Vormund glaubte das Mädchen bei Verwandten nicht gut aufgehoben. Er gewann einen auswärtigen Beamten, der das Mädchen, ohne Mitteilung an die Polizeibehörde in Nienke zu geben, abholte und es in der kath. Schwesternanstalt in Bochum unterbrachte. An der Sache scheint uns etwas faul zu sein, denn sonst hätte der Vormund doch öffentlich im Einverständnis mit dem Vormundschaftsgericht handeln können.

**Gemeinnütziges.**

**Mittel gegen Blattläuse der Grobbohnen.** Um ein Viehlingergericht vieler, die großen Bohnen, steht es jetzt wieder recht bedenklich, da die grünlichen schwarzen Blattläuse die Stängel und Ähren hart befallen haben. Es sei deshalb auf ein Radikalmittel hingewiesen, das leicht angewendet werden kann und niemals schädigen soll. Man läßt in einem großen Eimer 1/4 Pfund Schmirleite in 3-4 Liter warmem Wasser auf, läßt, wenn das Wasser erkalte ist, 1/2 Liter Petroleum hinzugeben und rührt die Flüssigkeit so lange um, bis sie weiß erbleicht. Wenn man hiermit die Bohnenpflanzen etwas drei Abende aus einer Gießkanne besprengt, sind nach einigen Tagen die Blattläuse vollständig verschwunden, und, was die Hauptsache ist, das Mittel schadet den Bohnen nicht so, daß die Bohnen an Wohlgeschmack verlieren. Das beste Mittel wird immer bleiben, die verlästeten Ähren der Stängel abzuschneiden. Zudem entwickeln sich die Ähren dann kräftiger.

**Standesamtliche Nachrichten**

der Stadt Rüstingen II vom 1. bis 15. Juni 1911.

**Geboren:** ein Sohn dem Marine-Maschinenk. A. D. J. Clemens, Schachmeister F. A. W. Wagner, Schneider F. W. Schiller, Oberleutnant R. D. Liebering, Kaufmann W. F. E. Meyer, Schlichter J. Schauburg, Ziegelmacher-Arbeiter D. D. Ebers, Arbeiter J. D. Köster, Torpedo-Maschinenk. W. D. Frey.

**Restaurateur H. G. Wilhelm:** eine Tochter dem Marine-Maschinenk. A. D. J. Clemens, F. W. Wagner, Schneider F. W. Schiller, Oberleutnant R. D. Liebering, Kaufmann W. F. E. Meyer, Schlichter J. Schauburg, Ziegelmacher-Arbeiter D. D. Ebers, Arbeiter J. D. Köster, Torpedo-Maschinenk. W. D. Frey.

**Verheiratet:** Arbeiter J. D. Köster, Schneider F. W. Schiller, Oberleutnant R. D. Liebering, Kaufmann W. F. E. Meyer, Schlichter J. Schauburg, Ziegelmacher-Arbeiter D. D. Ebers, Arbeiter J. D. Köster, Torpedo-Maschinenk. W. D. Frey.

**Literarisches.**

**„Sozialdemokratie und Sozialismus im Lichte bürgerlicher Kritik.“** Eine Materialsammlung, zusammengestellt von Heinrich G. Dittler. Verlag Altenburger anerkennender Neigungen aus bürgerlichen Kreise über die Sozialdemokratie und den Sozialismus. Die Reichstagsreden sind in Sicht, und da blüht der Weizen des Reichsverbandes ganz besonders. An der Hand von Auswärtigen bürgerlicher Gelehrter, Staatsmänner, Gelehrter, Literaten, Politiker usw. gilt es zu zeigen, daß die Sozialdemokratie und der Sozialismus dem noch etwas anderes sind und zu bedeuten haben, als das, was die Sozialdemokratie daraus machen. Der Herausgeber der Sammlung, der seit langen Jahren in der Parteipresse tätig ist, hat mit großer Fleiß alle das gesammelt, was seit Jahren zersplittert durch die Presse gegangen ist. Es ist eine so reiche Fülle von Material zusammengetragen worden, daß man kaum in der Lage ist, sich dem Material zu widmen, wenn man nicht in unserer Agitationsliteratur aus und ist für jeden agitatorisch tätigen Genossen unentbehrlich. Wir empfehlen unseren Lesern diese Broschüre auf das angelegentlichste zur Anschaffung. Sie kostet bei einem Umfange von 80 Seiten nur 20 Pf.

**„Die weiße Dame.“** Volleblut kann man wohl als den Begründer der französischen Epilepser betrachten. Neben vielen Produkten seiner Kunst ist sein reichstes und bestes Werk „Die weiße Dame“, das ihm einen Erfolg gebracht hat, wie er selten zu verzeichnen ist. Diese reizende Oper bildet den Inhalt des ersten Teils des Festes. Es folgt die Oper des George Brown, in welcher er die Freuden des Goldalenens schildert. Die Fächersleute erzählen ihm nun wieder von der „Weißen Dame“, die im lezten Abend umgeben soll. Ein ungemein charakteristisches Musikstück ist die Romanze der Margarete: „Spinne, arme Spinne“, die ebenfalls zum Abend gelangt ist. Die bekannteste Nummer der Partitur ist wohl die Gavotte: „Aom, o hohe Dame“, in der George die zauberkraftige Dame zitiert. Bald steht sie ihm gegenüber und spricht ihnen sich die Herzen heiß, wo in dem Duett „Stets mein Gebot treu zu erfüllen“ zum Ausdruck kommt. Das musikalische Duett wird bald geliebt und unter Jubelung wird die Vereinigung zwischen George Brown und Anna gefeiert. Besonders willkommen wird wiederum der erlösende Text zwischen den einzelnen Musikstücken allen denen sein, die sich mit der Oper genau vertraut machen wollen. — Das „Weiße Dame“ stellt ist wie die übrigen Spezialwerke der „Musik für Alle“ zum Preise von 50 Pf. in allen Buchhandlungen, sowie direkt vom Verlage Miltten u. Comp., Berlin SW. 68, Kochstraße 23-24, zu beziehen.

**Schwasser.**

Donnerstag, 22. Juni: vormittags 8.39, nachmittags 3.02

**Schützt die Kinder!**

Um den widerlichen Verhältnissen auf dem Gebiete der Kinderbeschäftigung wirksamer zu begegnen und dadurch Aufklärung und Wissen auf diesem so wichtigen Gebiete zu verbreiten, seien die wichtigsten Bestimmungen des

**Kinderbeschäftigungsgesetzes** mitgeteilt. Sie lauten:

- 1. Für die Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern in der Hausindustrie (Bismarck), im Betrieb von Werkstätten, im Handels- und Verkehrsgewerbe, im Gast- und Schankwirtschaften, sowie als Botenarbeiter gelten folgende Vorschriften:
- 2. Eigene Kinder unter 10 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden.
- 3. Eigene oder fremde Kinder unter 12 Jahren dürfen in der Wohnung oder Werkstätte einer Person für dritte nicht beschäftigt werden.
- 4. Fremde oder eigene Kinder dürfen nicht vor 8 Uhr früh und nicht nach 8 Uhr abends beschäftigt werden.
- 5. Vor dem Vormittagsunterricht dürfen Kinder überhaupt nicht beschäftigt werden. Gleichfalls nicht nach 8 Uhr abends.
- 6. Nachmittags darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach Beendigung des Unterrichts beginnen.
- 7. Die Beschäftigung darf nicht länger als 3 Stunden, in den Ferien nicht länger als 4 Stunden täglich dauern.
- 8. Den Kindern muß eine zweistündige Mittagspause gewährt werden.
- 9. An Sonn- und Festtagen dürfen eigene wie fremde Kinder nicht beschäftigt werden in Werkstätten, sowie im Handels- und Verkehrsgewerbe.
- 10. Fremde Kinder dürfen nicht beschäftigt werden in Gast- und Schankwirtschaften.
- 11. Eigene und fremde Kinder unter 12 Jahren dürfen als Botenarbeiter (beim Post-, Zeitungs-, Nachschaffungen usw.) nicht beschäftigt werden und über 12 Jahre alte Kinder dürfen Sonntags in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags nur 2 Stunden arbeiten, wobei die Zeit des Gottesdienstes nicht bleiben muß.
- 12. In Gast- und Schankwirtschaften darf kein Kind unter 12 Jahren beschäftigt werden und Mädchen nicht zum Bedienen der Gäste.
- 13. Die Beschäftigung eines fremden Kindes ist nur gestattet, wenn der Arbeitgeber eine von der Landespolizeibehörde ausgestellte Arbeitserlaubnis für jedes Kind besitzt.
- 14. Die untergeordnete Kommission ersucht im Interesse der Kinder und Eltern um genaue Beachtung der Vorschriften. Bei ihr bekannt werden können werden ihre Mitglieder ausüben durch persönliche Besichtigungen der Schulen zu verfahren können; aber auch bei sonstigen trübseligen Umständen dürfen sie auch die Besichtigung der Schulen veranlassen.
- 15. Jeder Jagst denkeblet Mensch mag die Kommission in ihrem Sinne unterstützen. Die Mitglieder haben Legitimationskarten als Nachweis bei sich. Alle das Kinderbeschäftigung betreffende Mitteilungen wolle man an den Unterzeichneten richten.

**Kinderbeschäftigungskommission für Rüstingen-Wilhelmsb.**  
A. A. v. d. Schulz, Vorsitzende.

**Veranstaltungskalender.**

Rüstingen-Wilhelmsb.

Donnerstag den 22. Juni.

Vandantenklub Rüstingen. Abends 8 1/2 Uhr bei Buddenberg

**Schiffahrts-Nachrichten.**

am 20. Juni.

Telegramme des Norddeutschen Lloyd.

- Kroldt, Götter, nach Kaitalia, heute von Siga abgegangen.
- Wald, Götter, nach Kaitalia, heute von Siga abgegangen.
- Schmidt, Koll. Wdh. 11., von Newoor, heute auf der Weier ab.
- Schmidt, Kronpr. Wdh., nach Newoor, heute auf der Weier ab.
- Wald, Krönig, heute von Newoor, heute von Götter ab.
- Wald, Krönig, von Baltimore, heute auf der Weier angekommen.
- Kroldt, Koll., nach Kaitalia, heute von Fremantle abgegangen.
- Wald, Krönig, nach Kanada, gestern von Rotterdam ab.

**Ausflügler!**

Reht nur bei denjenigen Gastwirten ein, welche auf das „Norddeutsche Volksblatt“ abonniert haben, in ihren Lokalen auslegen und in demselben inserieren!

**Arbeiter, agitiert für Eure Presse, das Nordd. Volksblatt!**

**19. Gewerkschaftsfest in Delmenhorst**

am Sonntag den 25. und Montag den 26. Juni 1911 im Delmenhorster Schützenhofe.

**Program des Festes:**

- Erster Tag (Sonntag den 25. Juni):**
- Bis 2 Uhr nachmittags: Empfang der auswärtigen Gewerkschaften und Vereine in Wenzels Hotel.
- Um 2 Uhr nachm.: Anstellung des Festzuges auf dem neuen Marktplatz.
- Um 2 1/2 Uhr nachm.: Abmarsch des Festzuges durch die Straßen der Stadt nach dem Schützenhofe.
- Um 4 Uhr nachmittags: Feste.
- Vor und nach der Feste: Großes Gartenkonzert bis 8 Uhr abends.
- Um 5 Uhr nachm.: Beginn des Festballes. Ende des Balles um 2 Uhr nachts.
- Zweiter Tag (Montag den 26. Juni):**
- Von 3 Uhr nachm. an: Gartenkonzert. Von 4-6 Uhr nachm.: Kinderball.
- Um 6 Uhr nachm.: Anfang des Festballes. Ende desselben 12 Uhr nachts.

**Festredner: A. Schulz aus Rüstingen**

**Preise der Plätze:** Am ersten Tage: Herrenkarte 50 Pf., an der Kasse 60 Pf., Damenkarte 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.; am zweiten Tage: Herrenkarte 30 Pf., Damenkarte 10 Pf. — Den Anordnungen des Festkomitees ist unbedingt Folge zu leisten.

**Das Festkomitee.**



### Bekanntmachung.

Bei dem Neubau der Doppelturnhalle soll die Herstellung der 93 Meter langen Lateneinfriedigung und der 66 Meter langen Draheinfriedigung vergeben werden. Angebotsformulare können Rathaus II, Zimmer Nr. 7, für 1 Mk. pro Stück bezogen werden; dieselben liegen auch die Zeichnungen zur Einsicht aus. Die Angebote sind bis zum 1. Juli, mittags 12 1/2 Uhr, beim Stadtmagistrat (Rathaus II) einzureichen.

Rätlingen, den 20. Juni 1911.  
Stadtmagistrat.  
Dr. Lufen.

### Bekanntmachung.

Die Lieferung von ca. 1000 Kilo Stauböl für die hiesigen Schulen soll vergeben werden. Entsprechende Angebote sind bis zum 1. Juli, mittags 12 Uhr, beim Stadtmagistrat (Rathaus II) einzureichen.

Rätlingen, den 20. Juni 1911.  
Stadtmagistrat.  
Dr. Lufen.

### Gemeinde Osterburg.

Die Maler- und Tapezierarbeiten an den sämtlichen Schulen der Gemeinde sollen vergeben werden.

Angebote, mit entsprechender Aufschrift versehen, sind bis zum 25. Juni c. bei dem Unterzeichneten einzureichen, bei dem auch die Bedingungen zu erfahren sind.

Der Gemeindevorsteher.  
Dahlmann.

### Verkauf.

Der Fabrikant Fr. Meiners zu Rätzfeld beabsichtigt, das neben seiner Besichtigung belegene

## Privathaus

enthält drei Wohnungen, Stallung u. großen schönen Garten.

Öffentlich meistbietend zum baldigen Antritt durch mich zu verkaufen. Die Besichtigung befindet sich im allerbesten Zustande, die Hypotheken sind billig und fest.

Versteigerungstermin habe ich angesetzt auf

Donnerstag den 29. d. Mts.,

abends 7 Uhr, in Schröders Restaurant zu Rätzfeld, wozu Kaufliebhaber eingeladen werden.

Rätlingen, den 20. Juni 1911.  
S. P. Harms,  
amtl. Auktionator.

### Die Wirtschaft

## Heemöve

ist unter günstigen Bedingungen zu kaufen.

Näheres durch

B. H. Bührmann.

### Reparaturen

von Nähmaschinen aller Systeme, allseitig anerkannte beste Ausführung, prompt und billig. Auf Wunsch Abholung.

A. Zimmermann, Wilhelmshaven, Peterstraße 34, gegenüber der Oberrealschule.

### Kaufe gebrauchte Möbelstücke

zu hohen Preisen.  
W. Janssen, Bant, Peterstraße 4. Telefon 697.

## Verkauf.

Die Eheleute W. Lührs hier haben mich beauftragt, das ihnen gehörige, hier Paulstraße 8, Ecke Auguststraße, belegene, zu ein Laden und sechs dreiräumigen Wohnungen eingerichtete

## Wohn- und Geschäftshaus

mit Verköllt und Einfahrt sowie großem Hofraum an der Auguststr. zum sofortigen Antritt zu verkaufen.

Die Grundbesitzung eignet sich für jeden Geschäftsbetrieb. Der Ankauf kann insbesondere einem Schlichter empfohlen werden; kurzzeit wird eine Schlichterei mit bestem Erfolge in dem Hause betrieben.

Versteigerungstermin habe ich anberaumt auf

Montag den 26. d. Mts.,

abends 7 Uhr, in Schröders Restaurant (Tadobulen) hier, Ecke Tombeck- und Ulmenstraße.

Weitere Auskunft erteile ich gerne und kostenlos.

Rätlingen, den 16. Juni 1911.

S. P. Harms,  
Auktionator.

## Schrankfächer

die unter eigenem Verschluss des Mieters stehen.

Die Miete für ein Fach beträgt je nach Größe und Dauer Mk. 1.00, Mk. 2.00, Mk. 3.00, Mk. 4.00, Mk. 5.00, Mk. 6.00, Mk. 8.00, Mk. 10.00, Mk. 15.00, für ein besonders grosses Fach Mk. 20.00.

Oldenburgische Spar- & Leih-Bank  
Filiale Wilhelmshaven.  
Peterstrasse 78.

### Zu vermieten

umständehalber zum 1. Juli oder später eine dreizimmerige Parterrewohnung an ruhige Bewohner. Preis. Geb. 700 Mk. Marienstraße 18, hinterh.

### Zu mieten gesucht

auf sofort eine zweiräumige Wohnung. Off. unter N. N. 18 an die Exped. d. Bl. erdten.

Per 1. August mehrere Putzarbeiterinnen die gut und selbständig arbeiten können, für dauernde Beschäftigung gesucht.  
Bartsch & von der Brelle.

### Auf sofort oder später

ein Mädchen oder alleinstehende Frau für den ganzen Tag gesucht. Dabei auf sol. eine Arbeitsfrau.  
S. Meyer, Rätlingen I, Peterstr. 3.

### Suche sofort

einen soliden Dachdeckerhilfen in allen Arbeiten erfahren, der selbstständig arbeiten kann, bei hohem Lohn.  
H. Stahl, Zwer.

### Gesucht auf sofort

ein Schmiedegeselle.  
Gebr. Dirichs, Rätlingen.

### Erfahrenen Bantfischer

stellt ein J. Wämmner, Wödenhausen bei Seidmühle.

## Oldenburg

### Der Arbeitsnachweis

der Unternehmer für das Baugewerbe in Oldenburg und Umgegend ist seitens der beteil. Verbände gesperrt.

### Wille's echte Doure Portweine

zu haben in Kolonialwaren- und Delikatessen-Geschäften.

## Carl Wille, Hoflieferant, Oldenburg.

: Nordwestdeutsches Wein-Importhaus. :

### Der beste Schuh ist billiger

wie die gewöhnliche Ware, denn er kann doppelt solange getragen werden, behält stets seine Form und bleibt — immer elegant. —

## Herren-, Damen- u. Kinder-Stiefel.

## Trost & Wehlau

Schuhmachermeister,  
Wilhelmsh. Strasse 70. Bismarckstr. 95.

## Wilhelm Harms :: Nordenham

.. Hansingstrasse 10. ..

### Buchhandlung, Zigarren, Zigaretten u. Tabak

Filial-Expedition des Nordd. Volksblattes.

Annahme von Drucksachen aller Art für Handel u. Privat unter Zusicherung prompter und sauberer Ausführung.

### Geschäfts-Gröföffnung.

Den geehrten Einwohnern von Bant und Umgegend zur gest. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage in

## Bant, Lange Straße 58

eine der Neuzelt entsprechende

## Dampf färberie u. chem. Waschanstalt

eröffnet habe, auch übernehme meine Herren-Wäsche. Langjährige Erfahrung setzen mich in den Stand, nur beste Arbeit bei billigster Preisberechnung liefern zu können. Indem ich bitte, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne

Schachthausvoll

## S. Herzberg.

Jeden Donnerstag:  
Bettfedern - Reinigung (neueste Maschine).  
Georg Aden :: Bant.

## Visitenkarten fertigt an Paul-Hug & Co.

Die Verlobung mit dem Schlosser Wilhelm Berg ist meinerseits gänzlich aufgehoben.  
Anny Besserhold.

## Wollen Sie?

eine gut gehende Uhr haben, so lassen Sie dieselbe reparieren bei

G. Märtens, Uhrmacher, Heppens, Götterstraße 11, gegenüber Sadowassers Tirol.

Leinölfirnis pr. Pfund 65 Pf., 10 Pfund 6 Mk.

Terpentinöl bestes, pr. Pfd. 0.85 Mk.

Siffatiff, 1 Pfd. 90 Pf.

J. H. Cassens  
Schar und Bant, Peterstr. 12.

## Todes-Anzeigen

in Karten- oder :: Briefformat :: fertigen schnell und :: preiswert an ::

## Paul Hug & Co.

Peterstrasse 20/22  
Ulmenstrasse 24.

## Sier! Sier!

garantiert groß und frisch per Etage . . . . 1.20 Mk.  
Fr. Aufsteier per Etage 1 Mk.

## J. Bertenthal

Wilhelmshavener Straße 13.

Ein guterhaltenes zweischläufiges Bett Unter- und Oberbett, platymangellos, sofort billig zu verkaufen. Wo, sagt die Exped. d. Bl.

Verkaufe händig aus besseren Häusern erstandene Herren-, Damen- und Kindergarderobe, sowie neue Anzüge zu den denkbar billigsten Preisen.  
Frau Kalle, Rätlingen, Mittelstr. 35.

## Gebrauchte Sofas und Matratzen

werden gut und billig aufgearbeitet.  
Fr. W. Fischer  
Tapezierer und Dekorateur  
Wilhelmshavener Straße 1, 1. Etg.

Turteltauben zu verkaufen.  
Fischer, Odeon.

Zu verkaufen ein Petroleum-Ofen und eine Sitzbadwanne.  
Friedrichstraße 11 a, 2. Etg. r.

Zu kaufen gesucht eine gut erhaltene Badwanne. Offerten mit Preisangabe an die Exped. d. Bl. erdten unter N. 62.

Taube zugeflogen  
Rätlingen, Kaiserstraße 29, 3. Etg.

Kinderwagen billig zu verkaufen.  
Holtmannstr. 33, p. r., Ecke Kleier Str.

Die Meldestelle für verkaufene Kinder befindet sich bei  
Frau Schönbeck, Bant, Restaurant Peterhof, Peterstr.



# Konsum- und Sparverein „Unterweser“

e. G. m. b. H. zu Bremerhaven.

## Achtung! Mitglieder! Achtung!

Die vollen Markenkupons sind bis zum 30. Juni gegen 20 Mark-Marken in den Verkaufsstellen umzutauschen.

Die Einkaufskarten sind mit den Mitgliedsbüchern gegen Quittung bis zum 15. Juli 1911 in den Verkaufsstellen abzuliefern.

Marken, die nicht bis zum 30. Juni, Einkaufskarten, die nicht bis zum 15. Juli eingereicht sind, verlieren nach § 64 des Statuts ihre Gültigkeit.

### Volkshütte in Rürstingen Wessumstraße.

Zonnerstag: Bunte Bohnen mit Speck.  
Der schönste Platz den wir bei Varel haben, ist die

### Deutsche Eiche im Varel Wald.

Schönstes u. grösstes Sommer-Restaurant im Amt Varel.  
Vereinen, Schulen und Touristen bestens empfohlen.  
Jeden Sonntag von 4 Uhr an Tanzkränzchen.  
Telephon 341. W. Düne.

### Kaiserkrone.

Heute und folgende Tage:  
Des außerordentlichen Erfolges wegen  
Ein Malheur im Bade Ostende.

In Vorbereitung:  
Eine tolle Nacht.

### Kravatten

in hochmodernen Fassons  
und Mustern empfiehlt:  
Martha Kappelhoff  
Ecke Deich- und Koonstr.  
Plakate liefern Paul Hug & Co.

## Meine Restetage beginnen heute!

Zum Verkauf kommen

- Mehrere 100 Meter Schürzen-Stoffe und Besätze in Resten von 1—3 Metern.
- Posten Damen-Heenden, teilweise eigene Anfertigung, einzelne und angestaubte Sachen, mit 25 Prozent Rabatt.
- Posten Kinder-Heenden für Mädchen u. Knaben 35—95 Ctm. lang, teilweise angestaubt, eigene Anfertigung, mit 30 Proz. Rabatt.
- Posten Damen-Gürtel jedes Stück 58 Pf.
- Posten Untertailen jedes Stück 78 Pf.
- Posten Herren-Kravatten jedes Stück 75, 50 und 25 Pf.

**Hubert Hoffmann**  
20 Göckerstraße 20.

### Städt. Badeanstalt Rürstingen Oldoogestraße 12.

Geöffnet wochentags 8 bis 1 Uhr und 3 bis 8 Uhr; Sonnabends bis 10 Uhr. An Sonn- und Feiertagen von 8 bis 11 Uhr vormittags. Die Schwimmbäder sind für Damen an jedem Montag und Donnerstag nachmittag, in der übrigen Zeit nur für Herren geöffnet.  
Verabreicht werden außer Reinigungsbädern, alle medizinischen Bäder, Wannenbäder (Herren- und Damen-Abteilung) 30 Pf., für zwei Kinder 30 Pf., Brausebäder 15 Pf., für ein Kind 10 Pf. — Dampf- und Heißluftbad 80 Pf., Ganzmassage 70 Pf., Teilmassage 50 Pf., elektr. Wasserbad 1 Mk., elektr. Bogenlichtbad 2 Mk., elektr. Glühlichtbad 1.50 Mk., elektr. Lohthambad, Patent Stanger, schwach 2.25 Mk., stark 3.50 Mk. u. Preislisten in der Badeanstalt erhältlich.

### Arb.-Radfahrverein Frisch auf Neuenwege.

Sonabend den 21. Juni,  
abends 9 Uhr:  
**Versammlung**  
im Hotel zum Schütting, Varel.  
Der Vorstand.

**Arbeiter-Verein Accum.**  
Sonabend den 21. Juni  
abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
beim Wirt Bley.  
Vollzähliges Erscheinen erwartet  
Der Vorstand.

### Variété Adler Operetten-Gesellschaft. Direktion Gustav Michels.

Heute Mittwoch:  
zum vorletzten Male:  
**Polnische Wirtshaft.**  
Donnerstag den 22. Juni:  
**Bombenerfolg!**  
**Das Jungfernstift.**  
Freitag den 23. Juni:  
zum letzten Male:  
**Polnische Wirtshaft.**

### „Deutscher“ Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Rürstingen-Wilhelmshaven.  
Freitag den 23. Juni cr.,  
abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung d. Wertsektion**  
bei Halwland, Grenzstr. 38.  
Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist notwendig.

### Sonntag den 25. Juni: Ausflug

nach Wagners Waldsjente  
in Schoof und Upjever.  
Abfahrt morgens 8.48 Uhr von  
Wilhelmshaven und 8.53 Uhr von  
Bant nach Ostern. Das Fahrgehd  
für Kinder unter 14 Jahren der  
Mitglieder wird erseht.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

### „Deutscher“ Banarbeiter-Verband.

Zahlstelle Nordenham.  
Freitag den 23. Juni d. J.,  
abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
in Kohlers Lokal.  
Zahlreiches Besuch der Mitglieder  
erwartet  
Der Vorstand.



### Verein der Berufsmatrosen. Sonabend den 21. Juni. — Außerordentliche — General-Versammlung

Vollfrage betr. Der Vorstand.  
**Arbeiter-  
Turn-Verein  
Heppens.**

### Achtung!

Die Mitglieder und deren Angehörige, die sich am Sonntag den 2. Juli d. J. an der  
**Wagentour nach Upjever**  
beteiligen wollen, müssen sich, da die Personenzahl festgesetzt werden muß, möglichst bald, spätestens bis Sonnabend den 24. Juli, in die im Vereinslokal ausliegende Liste eintragen, wo auch näheres zu ersehen ist.  
Der Vorstand.

### Achtung! Sande.

Wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche im Bezirk fällt das Stiftungsfest des Arbeiter-Radsportvereins Martensiel-Sande am Sonntag den 25. Juni aus.  
Sonabend den 21. Juni:  
**Versammlung**  
Der Vorstand.

Billetblocks bei Paul Hug & Co.  
**Geburts-Anzeige.**  
Die Geburt eines niedlichen Töchterchens gelien ergebenst an  
**Georg Stodhans u. Frau**  
Martha, geb. Stege.

### Aus dem Lande.

Jever, 21. Juni.

Eine Stadtratsitzung ist auf Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, einberufen mit folgender Tagesordnung: 1. Schreiben des Magistrats, betr. Wiederholung der Beschlässe über Aufnahme von Anleihen. Anlage: Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 27. April d. J.; 2. Aenderung des Statuts, betr. die Sparkasse der Stadt Jever, zweite Lesung; 3. Schreiben des Magistrats, betr. Vereinfachung des Verfahrens bei öffentlichen Bekanntmachungen; 4. Ausarbeitung eines Sanalationsprojekts; 5. Besuch von vier Anwohnern der Salzferrerie um Rückzahlung der geleisteten Beiträge; 6. Schreiben des Magistrats, betr. Abtretung und Erwerb eines Areals an der Bahnhofstraße; 7. Besuch, betr. Abtretung eines Wegabschnittes an der Lindenallee; 8. Nachsage: Besuch von zehn Lehrern der Stadt Jever, betr. Mietsentschädigung.

Dangastermoor, 21. Juni.

Der 50. Wahlkreis für die Landgemeinde Varel hält am Sonntagabend 8 1/2 Uhr im „Fürsten Bismard“ eine Versammlung ab, um den Bericht von der Parteikonferenz in Oldenburg entgegenzunehmen und sich mit der bevorstehenden Landtagswahl zu beschäftigen.

Varel, 21. Juni.

Achtung, Gewerkschafter! Um die Zahl der Teilnehmer an dem Jahr zum Norddeutschen Gewerkschaftsfest festzustellen, liegen Listen im „Hof von Oldenburg“ und in der Gastwirtschaft Wüllers sowie bei den Genossen Bantemeyer und Terering aus.

Die Nachfrüchte der letzten Woche haben namentlich im Moor bedeutend mehr Schaden angerichtet, als anfänglich sich überdienen ließ. Die Bohnen sind streifenweise ganz vernichtet, auch die Kartoffeln haben sehr gelitten.

Das Verwässern von Vorgärten durch Abreißen von Blumen, Beschädigung von Einfriedigungen usw. hat in letzter Zeit dreierlei Uebelstand genommen, daß die Geschädigten sich an die Polizeibehörden gewandt haben, um die Täter zur Rechenschaft ziehen zu können. Diejenigen, die leicht zu Anschuldigungen geneigt sind, setzen gewarnt, wollen sie nicht strenge Strafen über sich ergehen lassen. Sind doch erst vor einigen Wochen junge Leute in Norden und Ruzich, die Vorgärten verwüsteten und Hausbesitzer abdrachen, zu mehrmonatlichen Gefängnisstrafen verurteilt.

Der Arbeiter-Radfahrverein „Frei auf“ Neuenwege hält am Sonntagabend 9 Uhr im „Hotel Schütting“ in Varel eine Versammlung ab, zu der auch Radfahrer aus der Stadt und Umgegend eingeladen sind.

Hahn, 21. Juni.

Kohheit. Am Sonntag kamen auf dem Schäfersfeste mehrere Anrechte aus der Umgegend in Streit. Ein Anrecht aus Hundtill zog das Messer und brachte einem Anrecht aus Klostede mehrere Verletzungen in Kopf, Brust und den Beinen bei. Der Täter wurde in Haft genommen, während der Verletzte sich ins Krankenhaus begeben mußte.

Oldenburg, 21. Juni.

Eine Heberroschung. Wir lesen in der Provinzpresse: Eine Schaar aus dem Gewerkschaftsgebiet aus Wilhelmshaven gab am Sonntagmorgen auf der Nordstraße einem jungen Ebnbüdiger des Lehen. Mehrere Passanten der Straße nahmen sich der hilfbedürftigen Frau an und brachten sie nach dem Hebammeninstitut.

Oldenburg, 21. Juni.

Achtung, Parteigenossen und Genossinnen! Die nächste Wahlvereinsversammlung findet Freitagabend 8 1/2 Uhr in der Tonhalle statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Landeskonferenz; 2. Vortrag über die Verfassung des deutschen Reiches; 3. Landtagswahl; 4. Verschiedenes. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Achtung, Bezirksführer! Donnerstagabend 8 1/2 Uhr Sitzung in der Tonhalle.

Nordenham, 21. Juni.

Das diesjährige Gewerkschaftsfest findet am Sonntag den 2. Juli in Nordenham-Arens in Bitters Garten statt. Die Vorbereitungen sind in vollem Umfange jetzt in Angriff genommen. Im Gegensatz zu den beiden letzten Jahren, wo nur direkt der Umzug unter gewöhnlichen Umständen nach Nordenham erfolgte, ist jetzt der Umzug durch verschiedene Straßen geplant. Die Einwardener Arbeiter werden nach Nordenham abmarschieren, dabei erfolgt dann um 3 Uhr die Auffstellung des Festzuges in der Herberstraße. Der Abmarsch erfolgt um 3 1/2 Uhr von der Herberstraße, durch die Bahnhof-, Hanfing-, Schul-, Peter-, Teich-, Hasen-, Binnen-, Bahnhofsstraße, Wiener Allee, Kirch- und Brunnenstraße nach dem Festplatz, wobei gegen 4 1/2 Uhr die Festrede stattfindet. Als Festredner ist Genosse Landtagsabgeordneter Jul. Meyer-Wiltingen genommen. Mitwirken werden die Freie Turnerschaft, der Gesangsverein (Gemischter Chor), der Gesangsverein Einwarden und der Arbeiter-Radfahrverein. Festbälle werden stattfinden in Bitters und Schröders Lokal in Nordenham-Arens, bei Rohners in Nordenham und bei Roth in Einwarden. Das Fest der Proletarier verpricht somit in allen seinen Teilen imponant zu werden.

Achtung, Bauarbeiter! Eine Mitgliederversammlung findet am Freitag, dem 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr de-

stehend, in Rohners Lokal statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Achtung, Konsumvereinsmitglieder! Der Konsum- und Spar-Verein „Unterwieser“ beabsichtigt im Laufe dieses Sommers einen großen Dampfer-Ausflug nach Bümenthal-Regelad vorzunehmen, worauf die Mitglieder mit ihrem Angehörigen schon jetzt aufmerksam gemacht werden.

Die „Widgard“, Deutsche Seeverkehrs-Rettungsgesellschaft in Nordenham, beabsichtigt einen umfangreichen regelmäßigen Frachtdampferverkehr zwischen Nordenham und Mittelmeerhäfen einzurichten. In Aussicht genommen ist, in diesen Verkehr nicht weniger als 30 Dampfer einzustellen, die der Einfuhr von Erzen und auch dem Transport von Kohlen dienen sollen. Die Anlegung eines großen Kohlendepots in Nordenham bildet einen Teil der weitreichenden Pläne. Hinter diesen steht hauptsächlich, wie die „Gansa“ mittelt, der Großindustrielle Hugo Stinnes in Wülheim a. Rh., der dem Aufsichtsrat der „Widgard“ angehört und in dessen Händen sich mehr als die Hälfte aller Aktien der Gesellschaft befinden soll.

Damme, 21. Juni.

Der Bau der Heberlandzentrale ist soweit vorgeschritten, daß die Versorgung mit Elektrizität im Oktober d. J. aufgenommen werden kann. Man rechnet mit dem Anschluß mehrerer 100 Landwirte aus dem südlichen Oldenburg, sowie mit dem Anschluß der größeren Orte für Straßenbeleuchtung.

Bremen, 21. Juni.

Der verkannte Gläubiger. Die „Weser-Ztg.“ schreibt: In das beim Amtsgericht zu Bremen gemäß § 915 C. P. O. geführte Schuldnerverzeichnis ist infolge eines Verfehlers am 31. Mai d. J. eingetragen, daß der Kaufmann Friedrich Deppen, Langenstraße Nr. 15, hier, den Offenbarungseid geleistet habe, während in Wahrheit ein Schuldner, der Herr Deppen zum Offenbarungseide geladen hatte, den Eid geleistet hat. Diese unrichtige Eintragung ist am Montag, nachdem sich das Versehen herausgestellt hatte, wieder gelöscht worden. Herr Friedrich Deppen hat den Offenbarungseid nicht geleistet und ist auch niemals zur Leistung des Eides geladen worden.

Leer, 21. Juni.

Streik der Metallarbeiter bei der Firma H. Schreiber, Eisengießerei. Am 1. Juni 1906 wurde der Streik bei der Firma Julius Meyer u. Co. in Norden und die dadurch hervorgerufene Aussperrung in Leer bei der Firma Bodhoff, Schreiber und Gnom (Inhaber Wees), infolge Vermittlung des Herrn Bürgermeisters Diekmann, Leer durch Verhandlung erledigt.

Die Resultate dieser Verhandlung waren in dem Protokoll derartig verfaßelt, daß sie (einen Funktionär der Gewerkschaft hatte man zu der Verhandlung nicht zugelassen), daß schon in kurzer Zeit neue Differenzen in Norden und in Leer hervorgerufen wurden.

Hauptsächlich waren die Bestrebungen des Herrn Direktor Rohlfshütter in Norden darauf gerichtet, die Organisation, den Deutschen Metallarbeiterverband, wieder aus seinem Betrieb zu verdrängen, welches im Jahre 1907 wiederum einen längeren Kampf um die Organisation hervorrief und damit erwekte, daß die Organisation anerkannt wurde. Aber infolge des langen Kampfes waren die Abnehmer der Produkte der Firma Julius Meyer dazu übergegangen, ihre Waren bei anderen Firmen zu bestellen und somit wanderten viele Arbeiter ab, der Betrieb konnte sich erst langsam erholen.

Ähnlich trafen auch bei der Firma Gnom in Leer Differenzen im Jahre 1908 aus, welche auch hier zur Liquidation des Betriebes geführt hätten, wenn nicht die Firma H. Schreiber diesen Betrieb übernommen und die dort beschäftigten Arbeiter eingestellt hätte.

Wiederholt wurde von den bei H. Schreiber beschäftigten Arbeitern aus Grund der Abmahnungen vom 1. Juni 1906 Beschwerde über Unregelmäßigkeiten und sonstige Mißstände erhoben, jedoch ohne Erfolg. Infolge der Krise verschlechterten sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aber derartig, daß die Arbeiter gezwungen waren, ihre Wünsche zu formulieren und in einer Betriebsversammlung am 25. April d. J. den Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes einstimmig zu beantragen, diese der Firma zu unterbreiten und unter Mitwirkung einer Kommission der beteiligten Arbeiter mit derselben zu verhandeln. Die Direktion lehnte zunächst die Verhandlung mit dem Bezirksleiter ab, erklärte sich aber bereit, ihrer Organisation die Angelegenheit zu unterbreiten und eine Verhandlung unter der Leitung des Vorsitzenden Direktor Rohlfshütter, Norden, anzubahnen.

Diese Verhandlung fand am 18. Mai statt, doch war das Resultat so gering, daß die am demselben Abend stattfindende Betriebsversammlung sich hiermit nicht zufrieden erklärte und die Kommission beauftragte, nochmals zu verhandeln.

Inzwischen hatte die Direktion folgenden Anschlag am 10. Mai herausgegeben:

Ich möchte nicht unterlassen, meine Arbeiter nochmals zur Ruhe zu ermahnen und sie aufzufordern, unerfüllbare Forderungen zurückzugeben. Ein Streik würde voraussichtlich von sehr langer Dauer sein und für Viele von verhängnisvollen Folgen.

Arbeiter, die den beiden in Frage kommenden Verbänden nicht angehören, werden selbstredend weiter beschäftigt.

Leer, den 10. Mai 1911. (ges.) H. Schreiber.

Hierüber waren die Arbeiter derartig ercoft, denn die Ruhe war bisher durchaus nicht gestört, daß sie am 11. Mai

einstimmig ihre Kündigung einreichten (Kündigungssfrist 14 Tage). Die Verhandlungen wurden von der Kommission und der Direktion fortgesetzt, änderte aber trotz dem weitesten Entgegenkommen der Arbeiter nichts an dem spärlichen Resultat und wurde von der Firma derartig verschleppt, daß am Tage des Ablaufes der Kündigung die Situation sich nicht änderte und folgedessen am 24. Mai abends die Arbeiter die Arbeit einstellten. — Die Direktion versprach weitere Verhandlungen, erklärte aber zugleich, nicht alle Arbeiter wieder einzustellen und verlangte eine Aufstellung der zu gering bezahlten Arbeiter von der Kommission. Dem Letzteren wurde prompt entprochen, der Firma aber mitgeteilt, daß die Arbeiter auf die Wiederereinstellung aller bestanden.

Die Firma handte nunmehr der Kommission eine Aufstellung derjenigen Arbeiter, welche sie aufzubessern bereit sei, sie erhielt sofort die Antwort, daß in einer Versammlung am 6. Juni zu derselben Stellung genommen werden solle. Die Firma H. Schreiber ließ aber am 2. Juni eine schwarze Liste aller Beteiligten veröffentlichen, trotzdem sie vorher erklärte, nicht alle wieder einstellen zu können. Die am 6. Juni stattgefundene Versammlung lehnte die von der Firma vorgeschickte Arbeiterliste ab, da diese nur auf Arbeiter Bezug nahm, welche noch selten ausgeführt werden, aber laufende zu gering bezahlte Arbeiter nicht berücksichtigte. Der Herr Direktor Effelborn von der Firma H. Schreiber versuchte nun die Einmütigkeit der Streikenden mit allerlei Mitteln zu stören. Kündigung der Fabrikwohnungen, Drohungen von Nichtwiedereinstellen wurde von diesem Herrn angewandt, um die Arbeiter müde zu machen, doch der Liebe Mühe war umsonst, er hatte mit diesen Mitteln keinen Erfolg.

Am 10. Juni kündigte der Direktor Rohlfshütter 23 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, um mit dieser Maßnahme die Firma H. Schreiber zu unterstützen, am 17. Juni folgte die Firma Bodhoff in Leer diesem Beispiele, jedoch in einigen Wochen dann von dieser Bewegung eine ganze Anzahl fleißiger Arbeiter davon betroffen sind.

Am 14. Juni wurde der Bevollmächtigte und ein anderer Kollege des Metallarbeiterverbandes zu dem Herrn Stadtsyndikus Tschafert in Leer gerufen und ihnen von diesem Herrn mitgeteilt, daß die Firma H. Schreiber Arbeitswillige heranziehe und ersucht, dafür zu sorgen, daß keine Ausschreitungen stattfänden. Dem Herrn wurde erwidert, daß die streikenden Arbeiter die gesetzlichen Bestimmungen achten würden, aber auch darum ersuchten, daß auch ihnen die Leitung des Kampfes nicht durch polizeiliche Maßnahmen erschwert würde. Der Herr Stadtsyndikus erklärte sich dann bereit, die Vermittlung zu übernehmen und Verhandlungen anzubahnen, womit sich die beiden Kollegen einverstanden erklärten.

Am 15. Juni erließ ein Agent mit 16 Arbeitswilligen, einer Frau und einem Kinde zur Unterstützung der bedrängten Firma in Leer ein, aber nach dem Ausschließen dieser „Ehrenmänner“ scheint ein wirklicher Hilfe für die bestreikte Firma keine Rede sein zu können. So ist dieser Streik durch den Herrentandpunkt der Unternehmer hervorgerufen. Es ist nicht wahr, wie ein bekannter Herr in Norden im „Christlichen Courrier“ (Nr. 129) behauptet, daß die streikenden Arbeiter widerwärtig gehandelt hätten. Einzig und allein an diesem Kampfe sind diejenigen Unternehmer schuld, welche es nicht verstehen wollen, daß der Arbeiter bei den heutigen Verhältnissen mit den bisherigen, trotz aller Beschwerden nicht berücksichtigten niedrigen Lohnverhältnissen nicht mehr in der Lage ist, für seine Familie eine anständige Existenz zu schaffen. Die weiteren Ausführungen in dem genannten Blatte werden wir später eingehender besprechen und den Beweis antreten, daß der Niedergang der Eisenindustrie nicht von Arbeitern, auch nicht von den bezeichneten Umständen hervorgerufen ist, sondern nur durch Umstände, welche durch die Herren Unternehmer hervorgerufen worden sind. So entwickelt sich dieser Kampf in aller Schärfe. Die beteiligten Arbeiter sind sich ihrer Pflicht bewußt und ihre Unternehmen wird von dem Gedanken getragen, daß sie nicht anders handeln können, wenn sie auch ferner ihre Verpflichtungen dem Staate, ihrer Familie und gegen sich selbst erfüllen wollen. Sie werden sich durch keinerlei Maßnahmen in ihrer Einmütigkeit stören lassen und deshalb ist es Pflicht der organisierten Arbeiterkraft Deutschlands, diesen Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen und in erster Linie den Zugang von Schloßern, Formern, Schleifern, Gießern und sonstigen Hieherhilfsarbeitern von Leer und Norden fernzuhalten. Daß dieses geschieht, wissen die Streikenden und leben deshalb frohen Mutes der Zukunft entgegen. Es sei noch hervorgehoben, daß die Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes sich einstimmig dem Kampfe angeschlossen haben.

Der Arbeiter-Radfahr-Verein „Einigkeit“ bezieht am Sonntag im Saale des Herrn B. Fischer sein 4. Stiftungsfest. Am dem Ausfahrten wird sich auch der Berufsunfallfahrer Alwin Götthaus aus Hannover beteiligen. Die Bundesgenossen der Umgegend sind zu dem Feste eingeladen.

Weener, 21. Juni.

Angelscholl beim Spiel. Der sechsjährige Sohn des Landwirts W. Hensmann in Cethum stürzte beim Spiel, stieß mit dem Kopfe an einen Stein und blieb bewußtlos liegen. Der Arzt stellte schweren Schädelbruch fest. Leider starb das Kind bald darauf.

## Arbeiter, agitiert für Eure Zeitung!



Kein Hüjüng.

Nach Fritz Reuter in hochdeutscher Prosa von E. L. u. J. Mannheim.
„Kein Hüjüng“ nennt Fritz Reuter die Beschäfte in Dörfen,
worn er die flausige Abhängigkeit des landwirtschaftlichen
Arbeiters von seinem Herrn schildert zu jener
Zeit, als die Freigebigkeit noch nicht Gesetz geworden war in
Deutschland, so daß die Arbeiter der Gewalt nicht entziehen
konnte. In die Städte ließ man keinen herziehen, die Güter
mit den darauf liegenden Häusern gehörten den abhngigen Herren
und bildeten den Ritterhöflichen Landestheil oder sie waren fñstliche
Domäne. Auch diese ließen keinen Arbeiter von einem Besitz
in den andern ziehen. So war der Arbeiter ganz von der Gnade
seines Herrn abhängig. Selbst konnte er nicht erwerben und
betreten konnte er nur, wenn sein Herr ihm auf dem Gute in
einem der herrschaftlichen Häuser eine Wohnung einräumte. Ohne
diese Erlaubnis, dieses Wohnrecht, durfte kein Weistlicher einen
Arbeiter ehlich trauen.

Die Not.

Johannstag. Der Roggen hatte angefehrt, der Weizen
war im Wachsen. Die Sonne brennt glühend herab, kein
Lüftchen regt sich, kein Blatt an Busch und Baum. Auf
den Dornbüschen am Wege liegt von der Heuernte dichter
Staub. Die Sonne sñht festrecht herab, und weit über
die wogenden Felder flimmert und flammt die Sommersglut
heiß und drückend wie der Schwaden, der aus dem glühenden
Bodofen dringt. Der Acker summt ein träumendes Lied,
und mit müdem, leisen Summen wölbt die Biene in den
Wäldern des honigduftenden Ackerfeldes. Die Heuschrecke
verleibt sich mit trüben, matten Zipfen tiefer ins Gras, der
Schmetterling drückt sich mit ausgebreiteten Flügeln platt
auf die schlängelnde Klette.

Die kleine Bachstelze, die zum Futterholen ausgeflogen,
fliegt mit gestültem Schnabel zum Nest hin, sñht sich ängstlich
um, wippt mit dem Schwanz und hüpfet und schlüpft und
hebt den Kopf und lügt und guckt, ob sie auch der Mann
nicht sieht, der da, ohne sich zu regen, still hinter der Stein-
mauer liegt, den einen Arm über die Augen gedekt, als
ob er ruhig schlafen wollte.

Er lag regungslos, wie tot. Die Bachstelze fliegt dreif
heran, betrachtet ihn mit ihren klugen, hellen Augen und
schlüpft dann leise in ihr Nest. Ihren Jungen piepst sie in
die Ohren, sie müßten stille sein, es liege ein Mann unter
der Heckenrolle. Da wird alles wieder still, alles Leben ist
erstorben, als wenn der Himmel in stiller Hitze ein Wetter
ausbrüte, und ganz von ferne ist es, als ob es über das
Feld hinwegwehete.

Auch der Mann seufzte, sein Arm glitt herunter vom
Gesicht. Er griff zur Seite und riß die Hand voll Gras
aus, die er hatte fallen können. Und mit einem Rucke
richtete er sich empor. Er starrte umher, legte die Hände
rattlos über das braune Gesicht, als ob er Gras und Blumen,
Korn und Feld nicht mehr sehen wollte.

Und er war doch noch so jung und stark. Er stand
doch erst am Eingang ins Leben, hatte manige Knochen,
breite Schultern, eine hochgewölbte Brust, wie geschaffen für
Arbeit und Gefahr. Seine Wangen hatten jugendlichen
Glanz, unter dem rauhen Haar leuchtete eine helle Stirn,
ein helles blaues Auge, und rote, fette Lippen hoben das
freundliche Bild. Er sah so frisch und kräftig aus, als wäre
er nur zu Lieb und Lust und Glück erschaffen. Aber in
seinem Wesen war augenblicklich nichts von Glück und Lust
zu lesen, wenn man es dem bange Bild seines ehlichen
Auges und dem aufgeregten Schlagen seines Herzens auch
anmerken konnte, daß darin viel von Liebe die Rede war.

Der aufmerksame Beobachter kann auch den Gegenstand
erkennen, der sein Herz schneller schlagen macht. Jenes weiße,
junge Mädchen ist es, das so langsam und traurig aus der
Ferne herankommt. Sie hat es seinem Herzen angetan und
macht es schneller schlagen. Ach, wie sieht sie doch so bleich
aus, wie langsam geht sie den Weg entlang! Wer sie näher
ansieht, weiß, warum sein Auge so bange blickt, warum es
ihm so im Herzen reißt.

Das bleiche Mädchen kommt näher und blickt traurig
über die Mauer, ihr Auge sieht still verzagt und trübsinnig
in die Natur, als ob es die Welt vor Gott verklagen wollte.

Ängstlich, wie die Bachstelze getan, ehe sie zu ihrem
Neste flog, aber nicht so frisch und munter, blickt sie sich um
und blickt sich hinter den Dornbusch, damit niemand sie sieht.
Leise schleicht sie sich heran und fragt flüsternd, seufzend:

„Schläfst du, Johann?“

Er sprang in die Höhe.

Was, schlafen? Ja? Marie, ich schlafen. O Gott, ich
und schlafen! Komm setz dich her!

Er saßte sie am Arme und zog sie sanft näher. Komm,
setz dich her, sagte er noch einmal, bis sie neben ihm saß
und er sie dichter an sich zog.

Sie legte den Kopf auf ihre Brust und meinte leise vor
sich hin.

Ach, sie fühlte sich so krank, ihr war so wehe.

Er strichelte sie: „Loh das, Kind, laß das, sprach er
ermuthend. „War einmal, wo ich heute schon gewesen
bin? Ich bin dich aufgesehen, du auf's Amt gegangen und
habe die Herren auf dem Arnte gebeten, sie sollen mir
doch in der fñstlichen Domäne Wohnrecht geben.“

„Was sagten sie?“

„Sie sagten — du weißt doch, wie das ist — sie
sagten nichts Bestimmtes, sie hätten schon so viele Arbeiter;
wenn ich aus dem Ritterhöflichen wäre, sollte ich leben,
daß ich auch da unterkomme, ins fñstliche liehen sie keinen
Herzweihen, der nicht darin geboren ist.“

„Das sagt mein Vater auch, Johann.“

„Wie? Dein Vater? Hast du mit ihm geredet? Weißt
er, wie es mit dir steht?“

„Ach, fahr mich nicht so an, Johann! Mein, er weiß
nichts von unserer Ehnde und von meiner Schande; ich
hab' geschworen von meiner Not und werd' auch weiter
schweigen. Mein, nein, ich kann ihm nicht das Weiser in
das Herz stoßen!“

Johann drückte sie lebtevoll an sich: „Liebes Mädchen,
o schelte mich nicht; ich weiß, ich bin kein guter Mensch,
Mein größtes Unglück ist meine Häßlichkeit, und heute
besonders ist mir dds zumute. Komm, sei mir wieder gut!
Tu löstest freien, wir werden heiraten, zum Herbst bist Du
meine Frau.“

„Johann! Kein Wohnrecht, keine Trauung! Kein
Pfarrer traut uns, wenn uns keiner Wohnrecht gegeben hat!“

„Et wenn wir nirgends unterkommen, dann ziehen wir
in die Stadt.“

„Das soll aber auch nicht möglich sein.“

„Ja, aber Johann ist doch auch in die Stadt gezogen!“

„Johann, von Johann laß uns schweigen; mit dem
wurde damals die Ehnde zugedeckt; er wurde nur auf-
genommen unter der Bedingung, daß er dem Ratsherren sein
altes Dienstmädchen heiratete, mit welcher — ach, ich
red', ich hab' gar kein Recht, dem Mädchen einen Schand-
fleck anzuhängen.“

„Ach, schweig doch still von solchen Sachen! Wenn
wir bis zum Herbst kein Wohnrecht haben, dann ziehen
wir fort, mit Sad und Pack; dann ziehen wir den Leuten
aus Aramesdorf nach; dann ziehen wir nach Amerika.“

Sie umfachte ihn und sah ihn an.

„Ach, wie gern ging ich mit dir, Johann! So weit
der Himmel blau ist, ging ich mit dir! Du weißt, ich bin
nicht verzagt, ich würde gern übers Wasser gehen; aber
meinen alten Vater verlassen, das wäre von all den
schlechten Taten, das schlimmste, was ich ihm tun könnte.
Mein, nein, wenn du hier nicht unterkommst, bin ich
verloren, dann ist's vorbei mit dir und mir. Und wenn mein
armes Kind heute oder morgen geboren wird, wird uns
unser Lieber zu Gift; denn ist das ganze Leben, das uns
noch bleibt, verflucht, und wir gehen im ganzen Lande als
ein lüderliches Paar. Dann wächst die Schande von Jahr
zu Jahr, und wenn es einmal zum Sterben kommt, werden
unsere Kinder unsere Schande erben. O Gott! Wenn ich
nicht einmal auf meinem Lager träume und du kümmele
nicht um mich herum sein, und du kümmele mich nicht so
treu ansehen, wie du es sonst tatest, Johann, dann würde
ich, die dich so sehr liebte, in Fluch und Haß von Gottes
Erde scheiden.“

Sie ließ ihn los und stieß ihn vor sich, als wär' das
jezt schon ihr letztes Wort. Er knirschte mit den Zähnen,
als wär' es jezt schon so gekommen, wie sie sagte, und er
sprang auf und stellte sich vor sein Mädchen hin mit vor
Wut glühenden Augen. Das ganze Gesicht brannte, so war
ihm das Blut zu Kopf gestiegen.

„Mädchen“, rief er, „Marie, wenn das so kommen
sollte, soll sie alle der Teufel holen! Ich sieh mich schinden
und mit Fñhen treten, ich bin es ja nicht anders gewöhnt;
doch wenn es mit dir einmal so endet, dann soll ein Donner-
wetter drein schlagen, dann sollen den Herren die Augen
abergehen.“

Das Mädchen sprang in die Höhe bei diesem unvorher-
gesehenen Wutausbruch.

„O Gott, Johann“, rief sie erschrocken, „was hab ich
gesagt, was hab ich getan.“

Sie umfachte ihn und zog ihn heran.

„O, sei doch still, Johann, laß das!“

Er machte sich los, schob sie zurück und preßte ihre
beiden Hände in den seinen zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Etwas über das Ultramikroskop.

Kürzlich erschien in der „Frankfurter Zeitung“ eine
Notiz über die Untersuchung des menschlichen Atems durch
das Ultramikroskop. Es wurde dort ausgeführt, man brauche
nur gegen eine Glasplatte zu hauchen und diese logisch
nach dem Verschwinden des Hauches mit dem Ultramikroskop
zu betrachten, um so die im Atem enthaltenen Bakterien
erkennen zu können. Mancher Leser wird sich damals viel-
leicht die Frage vorgelegt haben, was eigentlich unter dem
Ultramikroskop zu verstehen sei. Was ein Mikroskop ist,
weiß jedermann (wenigstens oberflächlich), ist doch das
Mikroskop bereits seit etwa 300 Jahren bekannt und im
Gebrauch. Die Betrachtung von Gegenständen mit dem
Mikroskop liegt, wie bekannt, die Abzucht zu Grunde, dem
Auge ein getreues Abbild der Details des betreffenden
Körpers in solcher Vergrößerung zu bieten, daß sie bequem
wahrnehmbar sind. Der Abbildung seiner Einzelheiten ist
jedoch eine Grenze gesetzt, die durch keine noch so starke
Vergrößerung überschritten werden kann. Objekte, die einen
Durchmesser von ein vierter tausendstel Millimeter haben,
können noch eben mit dem Mikroskop erkannt werden. Für
die Untersuchung und Sichtbarmachung noch kleinerer Teilchen
(auch ultramikroskopische Teilchen genannt), die also jenseits
(= ultra) der durch das gewöhnliche Mikroskop gezogenen
Grenze der Erkennbarkeit liegen, dient das Ultramikroskop.

Es existiert seit seit verhältnismäßig kurzer Zeit; im
Jahre 1903 wurde es von Siedentopf und Zigmund in
Vena konstruiert. Die beiden Forscher hatten sich die Auf-
gabe gestellt, das Rubinglas näher zu untersuchen, ein Glas,
dessen tiefrote Farbe, wie man jezt weiß, von den in ihm
gleichmäßig verteilten und in außerordentlich großer Anzahl
anzutreffenden winzig kleinen Teilchen aus metallischem Gold
herührt. Dem durch das gewöhnliche Mikroskop schauenden
Auge erscheint dieses Glas als gleichmäßig rot gefärbte Masse.

Die Goldteilchen sind eben so klein, daß man sie auf die
gewöhnliche Weise nicht mehr zu erkennen vermag. Der
Nachweis ihrer Existenz gelang erst durch die Konstruktion
des Ultramikroscopes. Es stellt in der Hauptsache eine ver-
einzelte Form des gewöhnlichen Mikroscopes dar. Der prin-
zipielle Unterschied besteht darin, daß das Verändern, kleine
Objekte sichtbar zu machen, unter Verzichtleistung auf ähnliche
Abbildung stark erhöht wird. Diese Steigerung beruht im
wesentlichen auf folgenden Erwägungen: Staubteilchen, die
in einem dunklen Zimmer frei in der Luft schweben, werden,
wie man weiß, sofort sichtbar, sobald ein Bündel Sonnen-
strahlen durch einen Spalt hindurch in das Zimmer dringt.
Die Voraussetzung dabei ist, daß das Auge des Beobachters
ungefähr in einer zu den Sonnenstrahlen senkrechten Ebene
auf die erhellten Teilchen schaut. Hierbei gelangt naturgemäß
nur das Licht jeder einzelnen Staubpartikel, die als selbst-
leuchtender Körper auf dunklem Grund erscheint, in das
Auge, hingegen keiner der zur Beleuchtung dienenden Strahlen.
Damit ferner nur das Licht eines einzelnen Teilchens vom
Auge aufgenommen wird, muß die beleuchtete Schicht möglichst
dünn sein, weil sonst eine zu große Anzahl von Teilchen
sichtbar wird, jedoch beinahe homogenes Leuchten entsteht
und einzelne Partikel nicht mehr zu erkennen sind.

Siedentopf und Zigmund leiteten nun das in ein
verdunkeltes Zimmer einfallende Sonnenlicht — anstelle
dessen auch mit Erfolg das Licht einer Gaslampe ver-
wendet wurde — durch ein System von Finnen und Blenden
in der Weise, daß eine nur wenige Tausendstel von Milli-
metern dicke Schicht des zu untersuchenden Gegenstandes
von der Seite her beleuchtet wurde. Siedentopf hierzu stellten
sie ein Mikroskop auf. Die in der dünnen Schicht von
Rubinglas vorhandenen Goldteilchen zeigten sich nun tat-
sächlich und zwar als einzelne Lichtpunkte auf dunklem Grund.
Die Größe derselben wurde schätzungsweise bestimmt. Sie
beträgt winzige Bruchteile eines Millimeters. Allgemein
hat man ermittelt, daß die Teilchen, die im ultramikro-
skopischen Gebiet liegen, einen Durchmesser von 5 bis
200 Millionstel Millimeter haben.

Das Ultramikroskop ist heute unentbehrlich geworden
und leistet auf den verschiedensten Gebieten schätzenswerte
Dienste. In der Medizin wird es vorteilhaft zur Unter-
suchung von Bakterien verwendet. In der Textilindustrie
ist neben der mechanischen Prüfung der Spinnfasern (zum
Beispiel durch die Zerreißmaßchine) eine solche vermittelte
Ultramikroskop von Vorteil. Dem die Faserprobe zeigt
nur die Eigenschaften der Fasern, nicht aber die Ursache
dieser Eigenschaften: die innere Struktur der Faser. Diese
ist nur mit dem Ultramikroskop wahrnehmbar. Endlich sei
noch seiner Verwendung in der Kolloidchemie gedacht, die
dadurch ein ganz anderes Gepräge erhielt. (Fritz Sig.)

Wieviel Pflanzenarten kennen wir?

Wir lesen im „Prometheus“: Vor ungefähr 2200 Jahren
kamnte Theophrastus etwa 500 verschiedene Pflanzenarten,
und 300 Jahre später, zu Anfang unserer Zeitrechnung,
zählte Dioscorides deren ungefähr 600. Um das Jahr
1650 kamnte Bauhin 5266 Pflanzenarten, und auch Linne
kamnte um die Mitte des 18. Jahrhunderts nur 8551
verschiedene Pflanzenarten anführen. Schon 1819 aber zählte
de Candolle allein 30 000 verschiedene Pflanzenarten, d. h.
Wästen tragende Pflanzen. 1845 kamnte Lindley deren etwa
80 000, und im Jahre 1885 gab Duchartre die Zahl der
bekannten Pflanzenarten mit 100 000 an, an Anagnostomen,
d. h. sich durch Sporen fortpflanzenden Gewächse, zählte
er 25 000. Sieben Jahre später wurde von Saccardo die
Zahl der bekannten Pflanzenarten mit 174 000 angegeben —
darunter aber 105 000 Pflanzenarten —, und heute gibt
Prof. Charles P. Bessey von der Universität Nebraska die
Zahl der Pflanzenarten, die den Botanikern jemlich all-
gemein bekannt sind, mit ungefähr 210 000 an. Wie be-
stimmten nimmt sich demgegenüber die von Linne vor
anderthalb Jahrhunderten angegebene Zahl von 8551 Arten
aus. Und doch sind die 210 000 vielleicht nicht viel mehr
als die Hälfte des Pflanzenreichs der Natur, denn Bessey
glaubt, daß die Gesamtzahl aller auf der Erde existierenden
Pflanzenarten ungefähr 400 000 beträgt.

Wie alt sind die Wolkenträger?

Nicht jedem wird es geläufig sein, daß die Wolkenträger, die Wahzeichen
amerikanischer Riesenhäute, noch kein Vierteljahrhundert alt
sind. Das Jahr ihrer Erfindung ist 1888, und ihr Er-
finder der Baumeister Sidfort Lee Gilbert. Er hatte ein
Gebäude zwischen der New Street und dem Broadway zu
bebauen, für das am Broadway nur eine Straßenseite Breite
6 1/2 Metern vorhanden war. Um nun diese geringe Breite
doch ausnützen zu können, kam er auf den Gedanken, das
Bauwerk so zu gestalten, daß die Höhe zuzunehmen, die
Voraussetzungen erzielten nun zwar genaue Bestimmungen über
die Dicke der Mauern, aber gar keine über die Anzahl
der Wolkenträger ein und erhielt, so erzählt das Iron Age,
am 17. April 1888 dafür die Genehmigung. Zuerst verbielt
man sich wegen der vielen und hohen Treppen dem Wolkenträger
gegenüber recht mißtraulich, aber bereits im nächsten
Jahre hatten die Erfinder elektrische Aufzüge gebaut, die
ihren Aufgaben völlig gerecht wurden, und seit dieser Zeit
hat man in Amerika einen Wolkenträger nach dem andern
gebaut.

Die Zentralbibliothek Künzlinger, Pfefferstraße 20, ist
geöffnet Mittwochs und Frei-
tags abends von 7 1/2 bis 9 Uhr und Samstags vormittags von
11 bis 12 Uhr.